

erschienen wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graubenerstr. 1/2,
und durch Postanstalten zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 1.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 1.50,
frei ins Haus M. 1.70,
wo keine Post am Orte M. 2.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen
über die Verhältnisse
in den verschiedenen
Teilen des Reichs
sowie über die
Berichtswesen
des Reichs
sind in den
Beilagen
enthalten.
Die Beilagen
sind für die
Abgabe
gegen
Einsendung
von 10 Pf.
zu beziehen.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 79.

Mittwoch, den 6. April 1910.

21. Jahrgang.

Bahnbrecher und Opfer der Wissenschaft.

Wie viele sehnsüchtige Blicke sind wohl schon den kühnen Fahrzeugen gefolgt, die im Sonnenglanze über unsere Häupter hinweg die wagmutige Reise ins unermessliche Luftmeer antraten und deren Lenkern wir gern den Titel Bahnbrecher der Wissenschaft zuerkannten? Wie oft haben nicht gerade wir Breslauer und Schlesier das fliegende Schiff davonstehen sehen in unbekannte Fernen und mit Spannung den Augenblick erwartet, an dem die glückliche Landung seiner Insassen wohlverbürgt verzeichnet werden konnte. Wie viele Male mußten wir in seiner leichten Gondel den Mann vermuten, dem die schlesische Luftschiffahrt neben Herrn von dem Borne ihren Aufschwung und ihre Fortschritte verdankt und der nur ein Opfer seines kühnen, waghalsigen, wissenschaflichen Dranges, an der Meeresküste aus dem Rott geschleudert seinen Tod fand. Wie ein Lauffeuer zog die traurige Botschaft von dem Tode des Professors Richard Wegg von Mund zu Mund, in ihrer schmerzlichen Wirkung noch gesteigert durch die Nachricht vom gleichzeitigen Unglück, das drei andere Aviatiker, darunter ein Reichstagsabgeordneter in benachbarter Gegend erlitten. Wenige Stunden vorher noch stiegen sie alle hoffnungsvoll hinauf in die Wolken, die ihnen längst keine Fremden mehr waren, und aus denen sie uns manchen entzückenden Reisebericht mitgebracht und rasch, im Augenblick in das Schreckliche geschleht: neben der Gattin, die ihn kühn auf der Fahrt begleitete, liegt der Leichnam des Lebens- und Arbeits-

das die Grenzen der Vorsicht überschritten Herr Wegg an diesem Sturmsturm hinaus Meer der drauenden Lüfte, möglich, daß Wegg ihn reizte, durch ihre tosenden Bahn zu brechen! Wer wollte darüber rechten? Wie immer es bleibt für uns, die wir schwere Arbeit und Vorwärtsdrang zu würdigen wissen, der bei der Wegg'schen Verbindung eines fremden Gesellschaftsreisen in sein Wirkungsfeld eingetreten, gern den Ehrenorbeer um seine erkaltete Stirn legen. Er starb im Dienste der Menschheit, für Wissenschaft und die Erforschung neuer, uns unbekannter Erdgewalten und wir reihen ihn ein in die Liste der Opfer, die unten in der Erde der fleißige Bergmann, die draußen auf dem Meere der Seemann und die mancher seiner Mitforscher droben in der Luft schon gebracht. Ein Arbeitsmann in seinem Felde!

Der Einzelne wird zerschmettert, zerschlagen, opfert Gesundheit und Leben — der unermüdete Menschengott zieht weiter seine Kreise und tritt unerschüttert aufs neue an das Problem, dem der Vordermann zum Opfer fiel. So allein, unter Kämpfen und Opfern, vollzieht sich der Aufstieg unseres Geschlechts. Ehre den Gefallenen!

Schwerer Kummer.

Schweren Kummer haben die schlesischen Gemeindegewähler der „Neuen Preussischen Zeitung“ mit dem eisernen Kreuz an der ehernen Stirn bereitet. Während die einheimische Presse die Sprache dazu immer noch nicht gefunden hat, höhnt die „Kreuzzeitung“ laut auf. Unlere Erfolge liegen ihr im Kreuz und so macht sie ihren Schmerzen in einem langen Leitartikel Luft. Menthalben, so jammert sie, haben in der letzten Zeit die Stimmen der Sozialdemokratie auch auf dem Lande und in kleineren Städten so gewaltig zugenommen, daß in der Tat Gefahr zu ernstlicher Beunruhigung vorliegt. Um den Eindruck ihrer Klagen zu vertiefen, legt sie ihren Lesern die respektable Liste reiner Wahlerfolge aus der Provinz Schlesien vor. Das Junkerblatt schreibt:

In der jüngsten Zeit hat die Sozialdemokratie in Schlesien wieder bei zahlreichen Gemeindegewahlen die Früchte eingeheimst, die aus der liberalen Ausfaat der Unzufriedenheit in großem Maßstabe aufgeschossen waren. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Breslau konnte seit Mitte März immer neue Stegeschlösser veröffentlichen. So wurden in Oberschlesien in Tillowitz (Kreis Falkenberg) drei Gemeindegewahlen dem Zentrum durch die Sozialdemokratie entzogen. Zum ersten Mal wurde je ein Sozialdemokrat gewählt in Zabobsdorf und in Paffensdorf, beide bei Riegnitz, und in Oberjatzbrunn, in Gerlachsdorf bei Fauer und in Oberwaltersbad (Kreis Waldenburg) wurden gleich je drei Genossen zum erstenmal gewählt. Die Mehrheiten, mit denen in verschiedenen kleinen schlesischen Gemeinden die sozialdemokratischen Vertreter teils wieder, teils neugewählt wurden, waren oft beträchtlich. So erhielt in Seibsdorf im Kreise Waldenburg der sozialdemokratische Kandidat 64, sein bürgerlicher Gegner nur 2 Stimmen. In Groß-Rosen (Kreis Striegau) fielen sämtliche in der dritten Abteilung abgegebenen 89 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten. In Steinbock bei Ohlau siegte die Sozialdemokratie in der dritten Abteilung mit 41 gegen 7 Stimmen. In Stabelwitz bei Deutsch-Lissa standen 65 und 64 sozialdemokratischen Stimmen nur je 22 bürgerliche gegenüber. Bei der Wahl vor zwei Jahren war das Verhältnis ein umgekehrtes gewesen. In Gräbchen siegte die Sozialdemokratie mit 95 Stimmen gegen 14, die auf den bisherigen Vertreter fielen. In Freiwaldau standen 136 sozialdemokratischen Stimmen nur 15 bürgerliche gegenüber. In Ober-Sernsdorf siegte die „Genossen“ in der zweiten und dritten Klasse sogar einstimmig. Auch in Leuthen, bekannt durch

einen der glänzendsten Siege Friedrich des Großen, siegte in der zweiten Abteilung ein „Genosse“, der Wauguttsbesitzer (!) Anders. In Altwasser im Waldenburger Nebler errangen die Sozialdemokraten zwei Wahlsiege mit 511 gegen 184 bzw. 164 bürgerliche Stimmen; ein ausgesprochen reichstauer Kandidat erhielt nur 22 Stimmen. In Stannowitz bei Striegau siegte die „Genossen“ mit 63 gegen 4 Stimmen. In Groß- und Klein-Krausch und Loositz brachten sie insgesamt 19 gegen bisher nur 3 Mitglieder in die Gemeindevertretung. In Eisdorf bei Striegau siegte die Sozialdemokratie in allen drei Klassen, sie setzte 5 Vertreter durch und erlangte damit die Mehrheit im Gemeinderat.

So weit, so gut, und wenn die Konservativen aus diesen Zahlen, wie es sich für ernsthafte Politiker ziemt, die richtigen Schlüsse ziehen wollten, so wäre die Aufstellung wirklich für sie von Nutzen. Allein davon sind sie weit entfernt. In der Manier alter Weiber suchen sie stets bei einem andern die Schuld, und diesmal sind es die Liberalen, denen sie die Verantwortung für die sozialdemokratischen Erfolge aufbürden wollen. Der Liberalismus habe eine „maßlose Verheerung“ des Volkes gegen die neuen Steuern getrieben, der Ruf nach der Reform des preussischen Wahlrechts sei von liberaler Seite „kräftig unterstützt“ worden und das alles habe die „Umsturzpartei“ in hohem Maße gefördert. Und mit düsterer Drohmene wird zum Schluss gefragt, ob das Bürgerium sich lange eine Politik gefallen lassen werde, die offensichtlich auf eine Förderung der Sozialdemokratie hinausläuft.

Was daraus erwachsen muß, wenn die Erfolge der Sozialdemokratie in diesem Maße fortschreiten und wenn infolgedessen der Uebermut der terroristischen, die gesetliche Ordnung bedrohenden Partei noch mehr wächst, ist un schwer zu erkennen. Deshalb ist aller Duten der Kampf gegen die destruktiven Elemente aller Art mit Nachdruck aufzunehmen und vor allen Dingen der, aus engherzigem, parteipolitischen Egoismus entbringender Nörgelucht und Verhöhnung der Gemüter mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Die „Kreuzzeitung“ weiß also nichts Besseres anzugeben, als den Rat, in öffentlichen Versammlungen wie „vor allen Dingen“ im Privatgespräch und in der persönlichen Einwirkung der „Verheerung“ entgegen zu treten.

Wie man hört: das alte Lied aus dem Vortage der Reaktion. Man muß sich wirklich fragen, ob die „Kreuzzeitung“ nicht allmählich selber den Geschmack an derartigen unheilvollen Veremntungen verliert, zumal sie sonstigermaßen reiches Klageschiff ohne jeden Erfolg hin hat das alte Lied eine neue Variante. Sie besteht in der absoluten Ratlosigkeit. Wenn die „Kreuzzeitung“ zur Verhinderung weiterer sozialdemokratischer Siege nichts weiter anzugeben hat, als den Rat, in der Privatunterhaltung und am Bierlich jede „Verheerung“ zu vermeiden, so kann sich das Junkerblatt begraben lassen. Denn ein solcher Ratsschlag heißt nur: Wir wissen weder aus noch ein. Und auch die Vorwürfe gegen den Liberalismus sind so kindisch wie möglich. Bei unseren Siegen in den Landgemeindegewahlen ist kaum in dem zehnten Teil der Orte der Liberalismus der Leidtragende. Es handelt sich zumeist um Landgemeinden, in denen der Liberalismus nie heimisch war und in denen sich der politische Kampf in dem reinen Gegensatz von Sozialdemokratie zu Konservativen und Zentrum abspielt hat.

Die Ratlosigkeit der Junker fällt in eine eigentümliche Zeit. Gerade jetzt hat die Reaktion alle politischen Krümpfe in der Hand. Der Steuerraubzug des vorigen Jahres ist nach ihren Befehlen durchgeführt worden, genau so wie der politische Raubzug dieses Jahres nach ihren Befehlen vorgenommen werden wird. Aber ihr graut vor der Zukunft. Sie hört schon, wie sich am überlasteten Reichsdampfkessel leise das Ventil des Reichstagswahlrechts hebt, wie sich die ersten Dämpfe kräuseln. Die Tatsache des Reichstagswahlrechts ist das Glück und gleichzeitig das Unglück für die preussischen Junker. Bestünde es nicht: der Kampf um die Landtagswahlrechte, besonders der Kampf um das preussische Wahlrecht würde sicherlich schon jetzt noch viel schärfere Formen angenommen haben. Jetzt wirkt das Reichstagswahlrecht bis zu einem gewissen Grade als Wellenbrecher der revolutionären Energie der Massen in den Einzelstaaten. Soweit kommt das allgemeine Wahlrecht den Junkern zugute. Je mehr aber das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten seine Aufgabe als Wellenbrecher im Dienste der Reaktion erfüllt, desto gewaltiger entlastet sich eben diese revolutionäre Energie bei den Reichstagswahlen. Und das fürchten die Junker. Sie sehen den nächsten Reichstagswahlen, die ja schon im nächsten Jahre stattfinden müssen, mit Grauen und Entsetzen entgegen.

Politische Uebersicht.

Das Zentrum und die Wahl-Drittteilung.
Bekanntlich hängt die Zustimmung der Freikonservativen und Nationalliberalen zur Wahlrechtsvorlage von einer Änderung der Drittteilung nach Gemeinden statt nach Wahlbezirken ab, also von einer Verschlechterung der bestehenden Vorlage. Von der Haltung des Zentrums wird es abhängen, ob auch diese Proportionalität noch in die Vorlage hineinkommt. Vorläufig scheint es so, als wolle die liberale Partei nicht nachgeben. Wenigstens wird der „Schles. Volkszeitung“ von besonderer Seite geschrieben:

„Das Parteiinteresse des Zentrums am Zustandekommen der Vorlage ist nicht so groß, daß es dafür in die Aufhebung

der Drittteilung in den Wahlbezirken willigen könnte. Die bei Beratung der ersten Serie der preussischen Steuerreform auf Antrag des Zentrums beschlossene Maßregel schwächt die pluri-konstitutive Wirkung des Dreiklassenwahlrechts bedeutend ab. Die Aufhebung würde eine einschneidende Verschlechterung des derzeitigen Wahlrechtszustandes enthalten. In nur unter dieser Bedingung ein neues Wahlgesetz zu haben, dann würde das Zentrum dieses weitere Opfer keinesfalls bringen sondern die Vorlage lieber scheitern lassen. Darüber möge sich bei den Verhandlungen des Herrenhauses niemand einer Täuschung hingeben!“

Das wäre eine deutliche Warnung, die man als politischer Faktor einschätzen kann, wenn nicht frühere „Umfälle“ des Zentrums noch in so guter Erinnerung wären. Deshalb ist es immer gut, wenn man mit dem Vertrauen auf obige Versicherung wartet, bis alle Bestimmungen über die Wahlrechtsvorlage vorüber sind und dann die obige Versicherung des Zentrumsblattes, die übrigens in weniger hübsiger Form auch anderwärts abgegeben ist, wieder ans Licht zieht.

Das letzte Angebot der Nationalliberalen.
Zu tief herabgesetzten Preisen offeriert sich jetzt die nationalliberale Partei in ihrer Presse den schwarzen Block zur Wollendung seines Wahlrechtsbetrugs. Aus Angst, man könnte wirklich das Geschäft veräuern und brauchen bleiben müssen, hat man schon alle Besinnung und Scham verloren, so daß die „Nationalzeitung“ schreiben kann:

„Sitzt sich in der Frage der Drittteilung, denn das ist für unsere Freunde im ganzen Westen das Entscheidende, eine Einigung erzielen, so wäre ein Zustandekommen der Wahlreform nur zu begrüßen.“

In der Frage der Drittteilung strebt die nationalliberale Partei bekanntlich eine weitere pluri-konstitutive Verschlechterung des schwarzen Schandgesetzes an. Statt in den Wahlbezirken soll künftig in den Gemeinden oder doch in größeren Bezirken „gedrittelt“ werden, wodurch bewirkt wird, daß Leute mit kleinerem Einkommen jede Möglichkeit verlieren, auch nur ganz ausnahmsweise durch Zufall in eine höhere Wählerklasse zu kommen.

Indem die nationalliberale Partei sich durch derartige schamlose Angebote öffentlich entblößt, leistet sie unabsehlich der Sozialdemokratie einen äußerst wertvollen Dienst, denn sie verleiht ihr die nötige Unterstützung, die sie von den Nationalliberalen erhält. Wenn diese gleichen Brüder mit ungleichen Rappen mit einander streiten, so kann uns das nur angenehm sein, und wir werden fallblütig die Situation ausnützen, die sich daraus ergibt. Wenn die Nationalliberalen über die „schwarze Koalition“ oder die Zentrumsmänner über den „rosaroten Großblock“ schreiben, werden wir dafür nur ein Lächeln der Verachtung haben.

Eine Reichskonferenz der Krankenkassenvertreter tagte am Sonntag in Berlin, um zu dem endgültigen Entwurf der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Auf der Konferenz waren 48 Krankenkassenvereinigungen vertreten, die gegen 5 Millionen Versicherte repräsentierten.

Die Referenten des im Mai vorigen Jahres in Berlin abgehaltenen allgemeinen Krankenkassenkongresses erstatteten Bericht über die in dem endgültigen vom Bundesrat genehmigten Entwurf der R.-V.-O. gegenüber dem Vorentwurf enthaltenen Änderungen. In der daran anschließenden eingehenden Aussprache trat allgemein eine heftige Emotion darüber zutage, daß die Regierung alle versicherungsfeindlichen Wünsche der Versichertenvereinigungen im weitgehendsten Maße berücksichtigt, die Wünsche der Krankenkassen bzw. der Millonen Versicherten aber einfach ignoriert habe, obgleich die in den Ortskrankenkassen tätigen Arbeitgeber fast ohne Ausnahme diese Wünsche unterstützen hätten. Die Versichertenvereinigungen sollen von dem kostspieligen gemeinsamen Unterbau befreit, ihre Nachvollkommenheit bei der Rentienfestsetzung gesteigert werden, während die Krankenkassen ihres bisherigen Selbstverwaltungsrechts beraubt und der Bureaukratie ausgeliefert werden sollen. Auch den aus einheitlicher Interessenspolitik diktierten Forderungen des wirtschaftlichen Leipziger Arbeiterverbandes habe die Regierung die weitgehendsten Konzessionen gemacht, desgleichen den Apothekern.

Bei all diesen Bestimmungen komme überaus deutlich „gottgewollte Abhängigkeit“ der Regierung gegenüber gewissen einflussreichen Unternehmervereinigungen zum Ausdruck. Die Vertreter der Versicherten sowohl wie der Unternehmer waren einmütig der Meinung, daß alle Anforderungen gemacht werden müßten, um die Verschlechterung über die reaktionäre, versicherungsfeindliche Tendenz der Regierungsvorlage aufzuklären und den Reichstag für die von dem 5. allgemeinen Krankenkassenkongress aufgestellten Forderungen zu gewinnen.

Von der Einberufung eines neuen allgemeinen Krankenkassenkongresses wurde Abstand genommen und die folgende Resolution einstimmig beschlossen:

Die am 3. April 1910 in Berlin tagende Reichskonferenz Deutscher Krankenkassen beauftragt die vom 5. Allgemeinen Krankenkassenkongress gewählte Kommission, auf schnellstem Wege eine Petition an den Reichstag zu richten, in welcher die grundsätzlichen Forderungen, welche der letzte Kongress aufgestellt hat, von neuem vertreten werden. Dieser Petition sollen sich die Rassen und Rassenverbände anschließen.

Des Weiteren wird die Kommission beauftragt, dem Reichstag eine eingehende Stellungnahme zum Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, soweit die Krankenversicherung in Frage kommt, zugehen zu lassen.

Die Reichskonferenz ersucht die Rassenvertreter aller Art gegen die rückschrittlichen Bestimmungen des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung im ganzen Reich mit allem Nachdruck einzutreten.

hiese Fortbewegung, wie zum Beispiel die Sozialdemokraten im Landtag, mit Nachdruck vertreten. wenigstens auf eine blasse ...

„Sein Benehmen im Plenum des Abgeordnetenhauses aber mußte die Fraktion je länger um so peinlicher empfinden. Der willigste und begierigste Zuhörer der Sozialdemokratie war immer Korfants. Und je toller die Ausfälle der Dieblich, Ströbel und Reinert wurden, in um so freundlichere Stöße geriet Korfants. ...

Im Geleit zu Korfants billigen, so erklärt die „Sdn. Post“ schon, die Führer seiner eigenen Fraktion ausschließlich die Politik des Zentrums und wünschsten, daß die Beschlüsse in dieser Form auch von den polnischen ...

Neustadt O.S., 4. April. Zur Lohnbewegung der Schuhmacher. In einer von den beiden Gewerkschaften einberufenen Kommission wurde der von den Fabrikanten neu ...

„Neustadt O.S., 4. April. Gemeindevorsteherwahlen sollen vor einigen Tagen im nahegelegenen Birkenbach stattfinden. Zwischen der Bürger- und der Grundbesitzerpartei ...

„Neustadt O.S., 4. April. Ueber das schwere Explosionsunglück auf der ...

„Gobres, 4. April. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der ...

„Grenzburg O.S., 4. April. Getrunken ist in der Stober der dreijährige Sohn des ...

„Köni-Schütte, 4. April. Ueber das schwere Explosionsunglück auf der ...

„Sohnowitz (Königsb.), 4. April. Aufgedeckte Riesenlöcher in ...

Briefkasten

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion ...

Am 2. ds. Mts., vorm 9 1/2 Uhr, verschied nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere herzengute treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin- und Grossmutter Emilie Jeschur geb. Werner im Alter von 68 Jahren. 1802

Am 2. April verschied die Frau unseres langjährigen Mitarbeiters, des Tischlers Reinhold Jeschur, 1905 Emilie Jeschur. Das ehrende Gedächtnis bewahrt ihr Das gesamte Arbeitspersonal der Fabrik Gebr. Bauer.

Stadt-Theater. Montag 7 1/2 Uhr „Sofmanns Erzählungen“. Dienstag 7 1/2 Uhr „Der Eisenhauer“.

Lieblichs Etablissement Lotte Sarrow in ihrem Winterhaus „Die Ehebrecherin“. Regarden: Bernhard Mörbitz etc. etc. etc. Anfang 7 1/2 Uhr.

Lobe-Theater. Montag 7 1/2 Uhr „Der Graf von Sagenberg“. Dienstag 7 1/2 Uhr „Der Graf von Sagenberg“.

Viktoria-Theater Schimpansse Orig.-Comed James Grant Alexander Tadmam Perzias's zwoes. Popowri 40 Tere 40 Emory Krüchert u. die übrigen Kunststoffe. Anfang 7 1/2 Uhr. Beins gültig.

Thalia-Theater. Sonntag 8 Uhr „Der Graf von Sagenberg“. Montag 8 Uhr „Der Graf von Sagenberg“.

Zeltgarten Dir. H. Krüchert Willi Haase mit neuen Entwürfen und die neuen 100 Spezialitäten. 100

Palmengarten. Dir. H. Krüchert. Nezer-Kapelle Kapellmeister Nansold-Orchester mit 100 Spezialitäten.

Zentralverband der Ortskrankenkassen Schlesiens. Einladung zur ersten Hauptversammlung. Sonntag, den 10. April ds. Jrs., vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Breslauer Konzerthauses.

Der Vorstand und Ausschuss. Sonntag, den 10. April ds. Jrs., vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Breslauer Konzerthauses.

Proletarierkrankheit und franke Proletarier. Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas Preis 20 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Feuerversicherung sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744 Ernst Zahn, Ritterplatz 5, III.

Strohüte Mr. Dames, Herren und Kinder billig direkt in der Fabrik Freund & Krebs 100

Reife! Reife! Reife! Spezialfrucht nach Rezepten 30 Pfennig pro Pfund, 1 Pfund für 1.50, 2 Pfund für 2.50, 3 Pfund für 3.50, 4 Pfund für 4.50, 5 Pfund für 5.50, 6 Pfund für 6.50, 7 Pfund für 7.50, 8 Pfund für 8.50, 9 Pfund für 9.50, 10 Pfund für 10.50. Moritz Salomon, Nürnberg, Reichstr. 10.

Möbl. Zimmer, bei Eingang, preiswert zu vermieten bei Lebnar, Poststr. 10, II. 1792. Eine Nähmaschine für 25 Pfg. bei 1088 Grund, Dreifachstr. Nr. 4/5.

Pfänder-Auktion. Verlängerung nur bis 10. April 1910. Pfandleih-Institut 1785 Weihenburgerplatz 7, I. Etg.

Tüchtigen Lagerhalter für Kolonial- u. Manufaktur-Waren, Antritt zum 1. Mai, 1804 sucht Konsumverein für Hirschberg und Umgegend. Kontor Cunnersdorf.

Fleisch billiger! Schweinebauch per Pfd. 60 Pf., Schulter- und Schinkenstück 70 Pf., Schuppbraten, abgeteilt 75 Pf., Rindfleisch zur Suppe 60 Pf., Rostbeef u. Rippen 70 Pf., Rindfleisch ohne Knochen 80 Pf., extra dicken Kernsack und Lungenfett 80 Pf., Gehacktes per Pfd. 80 Pf. 1806 J. Metzner, Fleischer Alsenstrasse 68 Ecke Postenstraße.

Zigarren prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack 100 Stück 2.50 Mk. bis 10.00 Mk. empfiehlt gegen Nachnahme Zigarren-Fabrik E. Lampke, Fabrik, Brand und Hauptgeschäft: Breslau, Postplatz 11, am Oberbahnhof, Filialen: Postplatzstr. 16, Ecke Schrotzasse, Hammerstr. 55, Friedrich-Wilhelmsstr. 15, Alopferstr. 77.

Riefige Fänge! Billige Preise! Wir empfehlen aus Montag eintreffender Waggonladung: Großen fetten Henerhahn und großen fetten Cabliau Pfd. 18 Pfg. Postkolli inkl. Verpackung Mk. 1.60. Diese Preise haben Gültigkeit bis Mittwoch Abend. D. D.-F.-G Nordsee 1800 Schmiedebrücke, Bahnbogen und beide Markthallen.

Wichtigste Nachrichten
und ist durch die
Expedition, Reue. Gewerksch. 1/2,
und durch Postportale zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
incl. ins Haus 2.99,
bei keine Post am Orte 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Das einzige
organ für die
Schlesien, Posen
und die Nachbargebiete
des Reiches.
Verantwortlich: Dr. H. H. H.
Redaktion: 1206.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 79.

Mittwoch, den 6. April 1910.

21. Jahrgang.

Bahnbrecher und Opfer der Wissenschaft.

Wie viele sehnsüchtige Blicke sind wohl schon den kühnen Fahrzeugen gefolgt, die im Sonnenglanze über unsere Häupter hinweg die wagmutige Reise ins unermeßliche Luftmeer antraten und deren Lenkern wir gern den Titel Bahnbrecher der Wissenschaft zuerkannten? Wie oft haben nicht gerade wir Breslauer und Schlesier das fliegende Schiff davon geschweben sehen in unbekannte Fernen und mit Spannung den Augenblick erwartet, an dem die glückliche Landung seiner Insassen wohlverbürgt verzeichnet werden konnte. Wie viele Male mußten wir in seiner leichtesten Gondel den Mann vermuten, dem die schlesische Luftschiffahrt neben Herrn von dem Borne ihren Aufschwung und ihre Fortschritte verdankt und der nun, der Opfer seines kühnen, waghalsigen, wissenschaftlichen Dranges, an der Meeresküste aus dem Kosmos geschleudert seinen Tod fand. Wie ein Lauffeuer zog die traurige Botschaft von dem Tode des Professors Richard Wegg von Mund zu Mund. In ihrer schmerzlichen Wirkung noch gesteigert durch die Nachricht vom gleichzeitigen Unglück, das drei andere Aviatiker, darunter ein Reichstagsabgeordneter in benachbarter Gegend erlitten. Wenige Stunden vorher noch fliegen sie alle hoffnungsvoll hinauf in die Wolken, die ihnen längst keine Fremden mehr waren, und aus denen sie uns monoton entzückenden Reisebericht mitgebracht und rasch, im Augenblick in das Schreckliche geschleht: neben der Gattin, die ihn küßt auf der Fahrt begleitete, liegt der Leichnam des Lebens- und Arbeitsgefährten.

Möglich, daß die Grenzen der Vorsicht überschritten waren, als sich Herr Wegg an diesem Sturmstage hinauswagte in das Meer der draußenden Lüfte, möglich, daß gerade die Aufgabe ihn reizte, durch ihre tosenden Wirbel seine Bahn zu brechen! Wer wollte heute mit ihm darüber rechten? Wie immer es auch sei, er bleibt für uns, die wir schwere Arbeit und wissenschaftlichen Vorwärtsschritt zu würdigen wissen, der Held, der bei der Lösung und Überwindung eines Kulturproblems seinen Tod fand und die Wissenschaft für sich und für andere, die fremden Gesellschaftskreisen in sein Wirkungsfeld eingetreten, gern den Ehrenlorbeer um seine erkaltete Stirn legen. Er starb im Dienste der Menschheit, für Wissenschaft und die Erforschung neuer, uns unbekannter Erdgewalten und wir reihen ihn ein in die Liste der Opfer, die unten in der Erde der fleißige Bergmann, die draußen auf dem Meere der Seemann und die mancher seiner Mitforscher droben in der Luft schon gebracht. Ein Arbeitsmann in seinem Felde!

Der Einzelne wird zerschmettert, zerschlagen, opfert Gesundheit und Leben — der unermüdete Menschengeist zieht weiter seine Kreise und tritt unerschütterlich aufs neue an das Problem, dem der Vorderrmann zum Opfer fiel. So allein, unter Kämpfen und Opfern, vollzieht sich der Aufstieg unseres Geschlechts. Ehre den Gefallenen!

Schwerer Kummer.

Schweren Kummer haben die schlesischen Gemeindegewähler der „Neuen Preussischen Zeitung“ mit dem eiserne Kreuz an der ehernen Stirn bereitet. Während die einheimische Presse die Sprache dazu immer noch nicht gefunden hat, höhnt die „Kreuzzeitung“ laut auf. Unsere Erfolge liegen ihr im Kreuz und so macht sie ihren Schmerzen in einem langen Leitartikel Luft. Mittenhalben, so jammert sie, haben in der letzten Zeit die Stimmen der Sozialdemokratie auch auf dem Lande und in kleineren Städten so gewaltig zugenommen, daß in der Tat Anlaß zu ernstlicher Beunruhigung vorliegt. Um den Eindruck ihrer Klagen zu vertiefen, seht sie ihren Lesern die respektable Liste roter Wahlerfolge aus der Provinz Schlesien vor. Das Junkerblatt schreibt:

In der jüngsten Zeit hat die Sozialdemokratie in Schlesien wieder bei zahlreichen Gemeindegewahlen die Früchte einheimischer können, die aus der liberalen Ausfaat der Unzufriedenheit in großem Maßstabe aufgeschossen waren. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Breslau konnte seit Mitte März immer neue Stegeschlösser eröffnen. So wurden in Ober-Schlesien in Lillowitz (Kreis Falkenberg) drei Gemeindegewinne dem Zentrum durch die Sozialdemokratie entziffen. Zum ersten Mal wurde je ein Sozialdemokrat gewählt in Jablonsdorf und in Pfaffenborn, beide bei Liegnitz, und in Oberfalkbrunn, in Gerlachsdorf bei Jauer und in Oberwallersbach (Kreis Waldenburg) wurden gleich je drei Genossen zum erstenmal gewählt. Die Mehrheiten, mit denen in verschiedenen kleinen schlesischen Gemeinden die sozialdemokratischen Vertreter teils wieder, teils neugewählt wurden, waren oft beträchtlich. So erhielt in Seitzendorf im Kreis Waldenburg der sozialdemokratische Kandidat 64, sein bürgerlicher Gegner nur 2 Stimmen. In Groß-Rosen (Kreis Striegau) stellten sämtliche in der dritten Abteilung abgegebenen 89 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten. In Steindorf bei Ohlau siegte die Sozialdemokratie in der dritten Abteilung mit 41 gegen 7 Stimmen. In Stabelwitz bei Deutsch-Rissa standen 65 und 64 sozialdemokratischen Stimmen nur je 23 bürgerliche gegenüber. Bei der Wahl vor zwei Jahren war das Verhältnis ein umgekehrtes gewesen. In Gräbchen siegte die Sozialdemokratie mit 95 Stimmen gegen 14, die auf den bisherigen Vertreter stellten. In Freiwaldau standen 136 sozialdemokratischen Stimmen nur 15 bürgerliche gegenüber. In Ober-Germisdorf siegte die „Genossen“ in der zweiten und dritten Klasse sogar einstimmig. Auch in Deutsch-Rosen, bekannt durch

einen der glänzendsten Siege Friedrich des Großen, siegte in der zweiten Abteilung ein „Genosse“, der Bauergutsbesitzer Anders. In Altwasser im Waldenburger Kreis errangen die Sozialdemokraten zwei Wahlsiege mit 511 gegen 184 bzw. 164 bürgerliche Stimmen; ein ausgesprochen reichstreuere Kandidat erhielt nur 22 Stimmen. In Stannowitz bei Striegau siegte die „Genossen“ mit 63 gegen 4 Stimmen. In Groß- und Klein-Krauschen und Loosnitz brachten sie insgesamt 10 gegen bisher nur 3 Mitglieder in die Gemeindevertretung. In Eisdorf bei Striegau siegte die Sozialdemokratie in allen drei Klassen, sie setzte 5 Vertreter durch und erlangte damit die Mehrheit im Gemeinderat.

So weit, so gut, und wenn die Konservativen aus diesen Zahlen, wie es sich für ernsthafte Politiker ziemt, die richtigen Schlüsse ziehen wollten, so wäre die Aufstellung wirklich für sie von Nutzen. Wenn davon sind sie weit entfernt. In der Manier alter Weiber suchen sie stets bei einem andern die Schuld, und diesmal sind es die Liberalen, denen sie die Verantwortung für die sozialdemokratischen Erfolge ausbürden wollen. Der Liberalismus habe eine „maßlose Verheugung“ des Volkes gegen die neuen Steuern getrieben, der Ruf nach der Reform des preussischen Wahlrechts sei von liberaler Seite „kräftig unterstützt“ worden und das alles habe die „Umhirtpartei“ in hohem Maße gefördert. Und mit düsterer Drohmene wird zum Schluss gefragt, ob das Bürgerturn sich lange eine Politik gefallen lassen werde, die offensichtlich auf eine Förderung der Sozialdemokratie hinausläuft.

Was daraus erwachsen muß, wenn die Erfolge der Sozialdemokratie in diesem Maße fortschreiten und wenn infolgedessen der Lebermut der terroristen, die gesellschaftliche Ordnung herausfordernd bedrohender Partei noch mehr wächst, ist un schwer zu erkennen. Deshalb ist aller Dingen der Kampf gegen die destruktiven Elemente aller Art mit Nachdruck aufzunehmen und vor allen Dingen der, aus engherzigem, parteipolitischen Egoismus entspringenden Nörgelstich und Verhegung der Gemüter mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Die „Kreuzzeitung“ weiß also nichts Geschickteres anzugeben, als den Rat, in öffentlichen Versammlungen wie „vor allen Dingen“ im Privatgespräch und in der persönlichen Einwirkung der „Verheugung“ entgegen zu treten.

Wie man hört: das alte Lied aus dem Vortage der Reaktion. Man muß sich wirklich fragen, ob die „Kreuzzeitung“ nicht allmählich selber den Geschmack an derartigen wecklosen Jeremiaden verliert, zumal sie konstatieren muß, daß sie seit im Dezember vorigen Jahres ein ebenso trübseliges Klagebuch über jeden Erfolg angestrichelt hat. Ammerhin hat das alte Lied eine neue Variante. Sie besteht in der absoluten Ratlosigkeit. Wenn die „Kreuzzeitung“ zur Verhinderung weiterer sozialdemokratischer Siege nichts weiter anzugeben hat, als den Rat, in der Privatunterhaltung und am Bierlich jede „Verheugung“ zu vermeiden, so kann sich das Junkerblatt begraben lassen. Denn ein solcher Ratsschlag heißt nur: Wir wissen weder aus noch ein. Und auch die Vorwürfe gegen den Liberalismus sind so kindisch wie möglich. Bei unseren Siegen in den Landgemeindegewahlen ist kaum in dem zehnten Teil der Orte der Liberalismus der Leidtragende. Es handelt sich zumeist um Landgemeinden, in denen der Liberalismus nie heimisch war und in denen sich der politische Kampf in dem reinen Gegensatz von Sozialdemokratie zu Konservativen und Zentrum abspielt hat.

Die Ratlosigkeit der Junker fällt in eine eigentümliche Zeit. Gerade jetzt hat die Reaktion alle politischen Trümpfe in der Hand. Der Steuerraubzug des vorigen Jahres ist nach ihren Befehlen durchgeführt worden, genau so wie der politische Raubzug dieses Jahres nach ihren Befehlen vorgenommen werden wird. Aber ihr graut vor der Zukunft. Sie hört schon, wie sich am überlasteten Reichsdampfkessel leise das Ventil des Reichstagswahlrechts hebt, wie sich die ersten Dämpfe kräuseln. Die Tatsache des Reichstagswahlrechts ist das Glück und gleichzeitig das Unglück für die preussischen Junker. Bestünde es nicht: der Kampf um die Landtagswahlrechte, besonders der Kampf um das preussische Wahlrecht würde sicherlich schon jetzt noch viel schärfere Formen angenommen haben. Jetzt wirkt das Reichstagswahlrecht bis zu einem gewissen Grade als Wellenbrecher der revolutionären Energie der Massen in den Einzelstaaten. Soweit kommt das allgemeine Wahlrecht den Junkern zugute. Je mehr aber das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten seine Aufgabe als Wellenbrecher im Dienste der Reaktion erfüllt, desto gewaltiger entladet sich eben diese revolutionäre Energie bei den Reichstagswahlen. Und das fürchten die Junker. Sie sehen den nächsten Reichstagswahlen, die ja schon im nächsten Jahre stattfinden müssen, mit Grauen und Entsetzen entgegen.

Politische Uebersicht.

Das Zentrum und die Urwahl-Drittteilung.
Bekanntlich hängt die Zustimmung der Freikonservativen und Nationalliberalen zu Wahlrechtsvorlage von einer Aenderung der Drittteilung nach Gemeinden statt nach Urwahlbezirken ab, also von einer Verschlechterung der bestehenden Vorlage. Von der Haltung des Zentrums wird es abhängen, ob auch diese Provokation noch in die Vorlage hineinkommt. Vorläufig scheint es so, als wollte die liberale Partei nicht nachgeben. Wenigstens wird der „Schles. Volkszeitung“ von besonderer Seite geschrieben:

„Das Parteiinteresse des Zentrums am Zustandekommen der Vorlage ist nicht so groß, daß es dafür in die Aufhebung

der Drittteilung in den Urwahlbezirken willigen könnte. Dies bei Beratung der ersten Serie der preussischen Steuerreformgesetz auf Antrag des Zentrums beschlossene Maßregel schwächt die platonische Wirkung des Dreiklassenwahlrechts bedeutend ab. Ihre Aufhebung würde eine entscheidende Verschlechterung des derzeitigen Wahlrechtsaufbaues enthalten. Ist nur unter diesem Opfer ein neues Wahlgesetz zu haben, dann wird das Zentrum dieses weitere Opfer keinesfalls bringen, sondern die Vorlage lieber scheitern lassen. Darüber möge sich bei den Verhandlungen des Breitenhauses niemand einer Täuschung hingeben!“

Das wäre eine deutliche Warnung, die man als politischer Faktor einschätzen könnte, wenn nicht frühere „Umsätze“ des Zentrums noch in zu guter Erinnerung wären. Deshalb ist es immer gut, wenn man mit dem Vertrauen auf obige Versicherung wartet, bis alle Abstimmungen über die Wahlrechtsvorlage vorüber sind und dann die obige Versicherung des Zentrumsblattes, die übrigens in weniger bindiger Form auch anderwärts abgegeben ist, wieder ans Licht zieht.

Das letzte Angebot der Nationalliberalen.
Zu tief herabgesetzten Preisen offeriert sich jetzt die national-liberale Partei in ihrer Presse den schwarzen Block zur Vollendung seines Wahlreformbetrugs. Aus Angst, man könnte wirklich das Geschäft veräußern und draußen bleiben müssen, hat man schon alle Befinnung und Scham verloren, so daß die „Nationalzeitung“ schreiben kann:

„Ist sich in der Frage der Drittteilung, denn das ist für unsere Freunde im ganzen Westen das Entscheidende, eine Einigung erzielen, so wäre ein Zustandekommen der Wahlreform nur zu begrüßen.“

In der Frage der Drittteilung strebt die nationalliberale Partei bekanntlich eine weitere platonische Verschlechterung des schwarzen Schandgesetzes an. Statt in den Urwahlbezirken soll künftig in den Gemeinden oder doch in größeren Bezirken „gedrittelt“ werden, wodurch bewirkt wird, daß Leute mit kleinerem Einkommen jede Möglichkeit verlieren, auch nur ganz ausnahmsweise durch Zufall in eine höhere Wählerklasse zu kommen.

In dem die nationalliberale Partei sich durch derartige schamlose Angebote öffentlich entblößt, leistet sie unabsehlich der Sozialdemokratie einen äußerst wertvollen Dienst, denn je uninkompatibler sich die Nationalliberalen aufbieten, desto mehr verliert das schwarze Großblockmärchen seinen Boden. Es zeigt sich, daß die Nationalliberalen sich genau so viel wert wie das Zentrum, und das Zentrum ist genau so viel wert wie die Nationalliberalen. Wenn diese gleichen Brüder mit ungleichen Kappen mit einander streiten, so kann uns das nur angenehm sein, und wir werden kaltsblütig die Situation ausnützen, die sich daraus ergibt. Wenn die Nationalliberalen über die „schwarzrote Koalition“ oder die Zentrumsmänner über den „rosaroten Großblock“ schreien, werden wir dafür nur ein Lächeln der Verachtung haben.

Eine Reichskonferenz der Krankenkassenvertreter tagte am Sonntag in Berlin, um zu dem endgültigen Entwurf der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Auf der Konferenz waren 48 Krankenkassenvereinigungen vertreten, die gegen 5 Millionen Versicherte repräsentierten.

Die Referenten des im Mai vorigen Jahres in Berlin abgehaltenen allgemeinen Krankenkassen-Kongresses erstatteten Bericht über die in dem endgültigen vom Bundesrat genehmigten Entwurf der R.-V.-O. gegenüber dem Vorentwurf enthaltenen Aenderungen. In der daran anschließenden, eingehenden Aussprache trat allgemein eine beständige Stimmung darüber auf, daß die Regierung alle versicherungswirtschaftlichen Wünsche der Berufsvereinigungen in weitgehendem Maße berücksichtigt, die Wünsche der Krankenkassen bzw. der Millionen Versicherten aber einfach ignoriert habe, obgleich die in den Dreiklassenklassen tätigen Arbeiter fast ohne Ausnahme diese Wünsche unterstützt hätten. Die Berufsvereinigungen sollen von dem kostspieligen gemeinsamen Unterbau befreit, ihre Machtvollkommenheit bei der Rentenfestsetzung gesteigert werden, während die Krankenkassen ihres bisherigen Selbstverwaltungsrechts beraubt und der Bureaokratie ausgeliefert werden sollen. Auch den aus einseitiger Interessenpolitik diktierten Forderungen des wirtschaftlichen Leipziger Arbeiterverbandes habe die Regierung die weitgehendsten Konzessionen gemacht, desgleichen den Apothekern.

Bei all diesen Bestimmungen konnte aberaus deutlich „politisch-gewollte Abhängigkeit“ der Regierung gegenüber gewissen einflussreichen Unternehmerorganisationen zum Ausdruck. Die Vertreter der Versicherten sowohl wie der Unternehmer waren einmütig der Meinung, daß alle Anträge gemacht werden müßten, um die Privilegierung über die reaktionäre, versicherungswirtschaftliche Tendenz der Regierungsvorlage anzukämpfen und den Reichstag für die von dem 6. allgemeinen Krankenkassenkongress aufgestellten Forderungen zu gewinnen.

Von der Einberufung eines neuen allgemeinen Krankenkassenkongresses wurde Abstand genommen und die folgende Resolution einstimmig beschlossen:

Die am 3. April 1910 in Berlin tagende Reichskonferenz Deutscher Krankenkassen beauftragt die vom 6. allgemeinen Krankenkassenkongress gewählte Kommission, auf schnellstem Wege eine Petition an den Reichstag zu richten, in welcher die grundsätzlichen Forderungen, welche der letzte Kongress aufgestellt hat, von neuem vertreten werden. Dieser Petition sollen sich die Kassen und Kassenverbände anschließen.

Des Weiteren wird die Kommission beauftragt, dem Reichstag eine eingehende Stellungnahme zum Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, soweit die Krankenversicherung in Frage kommt, zugehen zu lassen.

Die Reichskonferenz ersucht die Kassenvertreter aller Art gegen die rückschrittlichen Bestimmungen des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung im ganzen Reich mit allem Nachdruck einzutreten.

Reichsbote" erfüllt sich gegen den Pfarrer Knoke aus Augsburg, weil er auf dem kirchlich-sozialen Kongress zu Garmisch versucht hat, der Sozialdemokratie einigermaßen gerecht zu werden. Daß das konservative Organ die Sozialdemokratie aus diesem Anlaß mit einer Flut von Beschimpfungen überhäufte, nimmt nicht Wunder. Aber das Blatt kann bei aller Gehässigkeit doch nicht umgehen, das folgende, die Erfolge der Sozialdemokratie bestätigende Verkenntnis zu machen:

„Gewiß, die Lösung der sozialdemokratischen Forderungen ist die Lösung der wirtschaftlichen Schwächen. Und diese Lösung hat auch durch zielbewusste Organisationen auf der einen und laienhafte Gleichgültigkeit auf der anderen Seite im Laufe der Jahre manche praktischen Erfolge zu verzeichnen gehabt. Die ganze soziale und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen hat sich durch die sozialdemokratische Organisation ganz unangenehm wesentlich gebessert.“

Na also! Warum wird das bei Wahlen immer so unterschätzt abgestritten? Das Jugendländchen ist eine kleine Gefahr für die Scharfmacher vom Schlage der „Schlesischen Zeitung“ und der „Potsdamer Zeitung“, welche behaupten, die Laizität und die Prinzipien der Sozialdemokratie verstoßen gegen die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse. Der „Reichsbote“ gesteht, wie früher schon alle ehrlichen Gegner der Sozialdemokratie, das Gegenteil als richtig zu.

Militärboykott. In den letzten zwei Jahren ist der Militärboykott etwas weniger rigoros gehandhabt worden. Man hat sich damit begnügt, daß an den Tagen, an welchen Versammlungen stattfanden, das fragliche Lokal vom Militär nicht besucht werden durfte. Der neue Herr im Kriegsministerium, General v. Seeringen, scheint nun die Aufgabe zu sich zu fühlen, hier wieder schärfere Saiten aufziehen zu lassen. Es wird nämlich berichtet, daß über eine ganze Anzahl Berliner Lokale, die der Sozialdemokratie zu Versammlungen zur Verfügung stehen, der uneingeschränkte Militärboykott verhängt worden ist. Den Militärkapellen, die seit Jahren in verschiedenen dieser Lokale Konzerte gaben, ist das Verbot ausdrücklich untersagt worden. Der Kriegsminister hat am allerernstlichsten Anlaß, sich in die politischen Kämpfe einzumengen und eine politische Partei dadurch bekämpfen zu wollen, daß er versucht, ihr die Lokale abzurufen. Für ihn wäre es viel besser, wenn er besänftigt wäre. Er mehr mit seinem Ressort vertraut zu machen, damit die ungläubliche Untertanis verschwunden, die er bei der Beratung des Militärentats im Reichstag an den Tag gelegt hat. Vielleicht, daß er glaubt, durch strenge Sozialistenerfolgung sich Verdienste erwerben zu können, die ihm auf anderem Gebiete verjagt geblieben sind. Mit Recht weist ein demokratisches Blatt darauf hin, daß, wenn der Kriegsminister Militärpersonen vor dem Umgang mit Sozialdemokraten bewahren will, er dann auch den Offizieren verweigern müßte, den Reichstag zu besuchen, weil sie dort in der Lage sind, auch sozialdemokratische Reden anzuhören zu können, vielleicht verbietet er auch dem Kronprinzen, noch einmal in den Reichstag zu kommen; denn auch dieser ist ja vor einigen Wochen die Ausführungen eines unseiner Nebenher zum Militärretal von Anfang an zu Ende, mit angehört. Jedenfalls werden unsere Soldaten im Reichstag nicht veräumen, den Kriegsminister nach den Gründen für sein scharfmacherisches Vorgehen zu befragen. Das Militär wird aus den Steuergeldern unterstützt und der Kriegsminister hat gar kein Recht, Steuerzahler in ihrem Erwerb zu schädigen.

Im Ministerium kommandiert. Wie man in Preußen denken wird, hat der Abgeordnete Göttsch vor kurzem im Reichstag auf Grund von Mitteilungen des früheren Handelsministers festgestellt. Herr Göttsch ist deshalb wegen angeblicher Verleumdungen angeklagt worden. Er erklärt jetzt in der „Tribüne“, daß derselbe lediglich den Wunsch ausgedrückt habe, er würde die von seinen Mitteilungen nicht zu seinen Lebzeiten veröffentlicht werden. Abgeordneter Göttsch erzählt: „Ich war kurz nach Brechts Demission mit ihm in Berlin im selben Hotel zusammengesessen, wir hatten uns über die demagogischen Kämpfe im Abgeordnet-

haus verhandelt. Von Göttsch wurde mir viel aus seiner Ministerlaufbahn erzählt, unter anderem, daß er sich mit Händen und Füßen gekrümmt habe, das Handelsministerium zu übernehmen, weil er von dieser Materie nichts verstand. Er war Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Präsident des Landesbahnbaukomites, also eigentlich im Eisenbahnbereich tätig gewesen. All sein Sträuben habe ihm aber nichts nützt, und als in preussischer Tradition lebender Beamter hatte er sich schließlich verpflichtet gefühlt, nicht nein zu sagen. Er hat sich sehr scharf zu mir darüber geäußert, was für ein Ungeheuer es sei, Ministerposten mit Händen zu nehmen, die an anderen Stellen nützlich sein könnten, an dieser aber nichts zu leisten vermöchten.“

So lange Minister nicht aus den Mehrheitsparteien, sondern den verhassten Stimmungen eines einzelnen Mannes entspringen, wird es kaum anders werden.

Einem neuen Versuch zur Veranlagung einer Wahlrechtsreform. Der Reichstag hat den Humboldtplan zur Verfassung gestellt. Ein Antrag an den Polizeipräsidenten ist bereits gestellt.

Wahlrechtsdemonstrationen. Die Bremische Arbeiterschaft demonstrierte Sonntag Nachmittag in 5 überfüllten Versammlungen für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zur Bremischen Bürgerschaft. Nach den Versammlungen zogen die Teilnehmer nach dem Zentrum der Stadt und von dort durch eine Reihe von Straßen zum Bürgerpark. Hier waren etwa 15 bis 18.000 Menschen versammelt. Es wurden rote Fahnen mit Aufschriften getragen; die Polizei hatte Befehl, keine roten Fahnen zu dulden, magt aber nicht, sie wegzunehmen. Es waren ca. 300 Schutzeinheiten auf der Barrikade, die sich indes darauf beschränkten, den Zug zu begleiten unter Demonstrationen zu begleiten. Im Bürgerpark löste sich der Zug auf, zu irgendwelchen Zwischenfällen kam es nicht.

In Dessau hatten Sozialdemokraten 3 Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet, um für die Einführung des Reichstagswahlrechts zu den Landtags- und Gemeindevahlen zu demonstrieren. Es nahmen 7000 bis 8000 Personen teil. Der Versuch war durchweg ruhig. In Neuburg (Anhalt) fand an diesem Tage eine Demonstration statt, an der sich etwa 6000 Personen beteiligten.

Schon wieder der Dales? In Berlin findet, wie der „Frankf. Gen.-Anz.“ berichtet, eine Konferenz der Finanzminister der deutschen Bundesstaaten statt, zu welcher der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes eingeladen hat. Ist es etwa schon wieder der Dales, der die Schwärmer zusammenführt. Vielleicht die Enttäuschung über die Schatzkassen?

Die Mannesmann-Freibereien. Die Gebrüder Mannesmann haben mit ihren Anträgen an das Reich die Arbeiterschaft sehr schlecht abgetrimmt. Auf einem Umwege will man nun den Gebrüder Mannesmann offenbar doch noch zu Hilfe kommen, und zwar ist es die deutsche „Marokko-Korrespondenz“, die zu diesem Zweck Verwendung findet. Die „Marokko-Korrespondenz“ behauptet zu jeder Sorte allseitiger Preisergänzungen, die in völlig unverantwortlicher Weise fortgesetzt daran arbeiten, das Reich in allerlei Abenteuer zu verwickeln. Dieses Organ weist jetzt darauf hin, daß man die Ablehnung der Mannesmann-Monopolansprüche in Frankreich als einen Sieg der französischen Interessen ansehen. Im Anschluß daran bemerkt dann die genannte Korrespondenz, daß die Reichsregierung die Rechte der Gebrüder Mannesmann unter den Schutz des Völkerrechts gestellt habe, und daß die französische Presse die Verhängung des Reichstages völlig verteidigt. Es soll gewiss im Interesse der Gebrüder Mannesmann nimmere der Versuch gemacht werden, die Behandlung der Sache durch den deutschen Reichstag als eine Gefährdung der Interessen des Reiches hinzustellen. Der Versuch ist allerdings so plump, daß man die Absicht mit Recht als unglücklich ansehen kann.

Ein Abstimmungsversuch zur Einmündung des Reichstages. Auf Grund der Anregungen der bayerischen Regierung hatte der Magistrat der Stadt Augsburg die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen um ein Gutachten angegangen, wie sie sich zur Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung stellen. Gleichzeitig wurden auch die Gemeindevorkantungen der Vororte um eine gütliche Erklärung ersucht. Die Unternehmer sprachen sich durchweg ablehnend aus, die freien Gewerkschaften, die Christlichen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften dagegen erklärten sich einmütig für die Arbeitslosenversicherung und zwar für das reine Steuer System, während die Gebrüder Mannesmann die Versicherung für nicht notwendig erachteten, da die Fabrikanten Entlassungen von Arbeitern im Winter nicht vornehmen. Die besagten Vorkantungen äußerten sich ebenfalls in ablehnendem Sinne.

Um nun wenigstens den Schein zu wahren, als wolle man in der Frage doch etwas tun, hat der Magistrat den Ausspruch einer Ausschreibung erlassen, nach der sich innerhalb einer bestimmten Frist die Unorganisierten zum Eintritt zu einer zu gründenden freiwilligen Arbeitslosenversicherungslasse melden sollten. Die zu erwerbende Klasse soll nur männliche, gekleidete Arbeiter umfassen. Berücksichtigung werden nur wenige Arbeiter ihren Beitritt zu einer solchen

Verbandsklasse haben. Mit dieser Ausschreibung einigt der Magistrat die Frage auch der Welt geklärt zu haben und der Wille der Unternehmer ist dann auch erfüllt.

Zur Privatbeamtenversicherung. In der Sitzung der Siebenerkommission des Hauptausschusses zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten, die am Sonnabend im Reichstagsgebäude abgehalten wurde, teilten die Vertreter des Reichstags des Innern mit, daß die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf, betreffend die Privatangestelltenversicherung, bereitgestellt werden, daß der Entwurf im kommenden Herbst dem Reichstag vorzulegen werden kann. Die Ausarbeitung des Gesetzes wird auf der Grundlage der zweiten Denkschrift erfolgen.

Am 9. April findet im Reichstags des Innern eine Besprechung über die Ausgestaltung der Pensionsversicherung mit Vertretern aller Parteien statt.

Eine deutsche Kongo-Expedition. In einer im Anschluß an den christlich-sozialen Kongress in Hannover stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, eine Kongo-Expedition zu gründen, an dem Zweck, vertragmäßige Kontakte auf Grund der Berlin-Kongo-Akte von 1885 herzustellen. Dieser Liga treten angeblich sofort 100 Mitglieder bei. Vorsitzender ist ein Großkaufmann in Bremen. Man wird sich fragen müssen, welche privaten Interessen hinter dieser Gründung wieder stecken.

Keine Mandatsniederlegung? Die von verschiedenen Männern verbreitete Nachricht, der Reichstagsabgeordnete v. Dlembovski habe sein Mandat niedergelegt, ist, wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, vollständig unbegründet.

Reichstagsabgeordneter Dr. Delbrück ist bekanntlich bei einer verunglückten Ballonfahrt in der Ostsee ertrunken. Er gehörte dem Reichstag seit 1907 als Mitglied der Freikämmler-Verbindung an und vertrat den Wahlkreis Uckermark-Usedom-Ballin. Im ersten Wahlgang erhielt er 6363 gegen 8166 konservativ und 8118 sozialdemokratische Stimmen. In der Stichwahl siegte er mit 11.011 über 9415 konservativ Stimmen. Dr. Delbrück, der Chemie und Naturwissenschaft studiert und früher in verschiedenen Zementfabriken tätig gewesen, war zuletzt Direktor der Altkriegesfabrik Seebad Peringsdorf.

Ausland

Nach Preußen gehen wir nicht!

Ein bemerkenswerter Zwischenfall spielte sich in der Debatte des englischen Unterhauses über die Beschränkung der Lordrechte ab. Als der Kronanwalt Robson in seiner Rede die Bemerkung machte, eine unverantwortliche Kammer mit gleichen Vorrechten, wie das Oberhaus sie bestie, sei in keinem anderen Lande der Welt zu finden, antwortete der konservative Lord Hugh Cecil mit dem Zwischenruf: „Preußen!“ Der Minister fertigte den vorlauten Zwischenrufer unter schärfstem Mißfall der Liberalen und der Arbeiterpartei ab, indem er sagte:

Wir pflegen nicht im Ausland Vorbilder für unser Verhalten zu suchen, die Regierung des freien England hat es nicht nötig zu diesem Zweck nach Preußen zu gehen.“

Die radikalen „Daily News“ widmen diesem Vorfall einen Leitartikel, in dem es heißt:

„Also das ist Lord Hugh's Ideal! England soll sich in seinen inneren Einrichtungen den uns freiesten Staat Westeuropas zum Muster nehmen! England soll vom preussischen Staat kopieren, und zwar nicht, was das Beste an ihm ist, die Tüchtigkeit seiner Beamtenhaft und seines Erziehungssystems, sondern seinen Kasernengeist, seine soziale Exklusivität, seine Verneinung der Demokratie. Ein neuer Bright oder Gladstone wäre nötig, um Massen des englischen Volkes zu zeigen, wie unangenehm es, wie viel Unbildung und Unanständigkeit in einer derartigen Zumutung liegt.“

Der Zwischenruf Lord Hugh Cecil's war eine arge Ungeheuerlichkeit und dürfte als solche auch in konservativen Kreisen empfunden werden. Denn das Nebeneinander einzelner englischer Reaktionen mit den preussischen Zuständen kann der konservativen Partei bei den wahrscheinlich bevorstehenden abermächtigten Reichswahlen leicht ein paar Mandate kosten. Konservativ oder liberal, a la Manteuffel will sich kein Engländer registrieren lassen!

Die Annahme des Arbeiterversicherungsgesetzes.

Man schreibt uns vom 1. April aus Paris: Nachdem der Senat das Arbeiterversicherungsgesetz mit 260 gegen 3 Stimmen angenommen hatte, ist ihm nun auch von der Kammer mit 560 gegen 4 Stimmen die letzte Zustimmung erteilt worden. Im Namen der sozialistischen Fraktion verlas Senatspräsident die Abstimmung folgende Erklärung der sozialistischen Abgeordneten:

„Das ist eine lange Voraussetzungen!“ sprach der Junker, als er am Ende der kleinen Gasse stehen blieb, und ein Schatten langen Nachdenkens lag über seine hohe Stirn.

„Wir ähneln auf unsern Dächern und vertriehen uns in unsern Kellern jedesmal, wenn das Volk tobt gegen den Rat, denn es kann nicht werden besser, es kann nur werden schlechter.“

„Es muß besser werden!“ Ein Strahl des Unwillens, und zugleich eines Willens, der in dem Augenblick in der Brust geboren wurde, zückte über das Gesicht des Junkers. — Es wird sich vieles in diesem Lande ändern, oder ich kenne nicht den Willen des Markgrafen.“

Der Jude blinnte schlau, doch mit ungläubigem Lächeln zu dem Junker auf: „Der Segen des Herrn und unsere Gebete für den hohen Fürsten, aber es wird nicht werden besser. Ruhm seinen Waffen und Ehre allen seinen Taten, aber er wird's nicht machen besser.“

„Jubel!“ Der Junker blinnte ihn halb verblüfft, halb zornig an.

Baruch fuhr im selben Tone fort: „Er hat eiserne Zähne, sagen sie, und einen Willen, der ist grab' wie ein Mitternachtswort. Aber wer bricht Zähne ab und die Mauern umreißt Zähne aus, die festen Jahrhunderte, auch mit eisernen Jähnen, und wer kann geben grab' von einem Punkt zum ändern, wenn im Lande alle Wege sind krumm!“

„Nurgen genug haben die Markgrafen doch gebrochen“, sprach mit gerunzelter Stirn der Junker, „und die hohen Türme klein gemacht.“

„Da haben ihnen die Städte beigefunden alle im Lande“, erwiderte der Jude, „und die Schiffe sind worden zerstört; aber was half es? Die drin haften, sind sie von der Erde verschwunden? — Ihre Häuser und Schiffe sind überall, an den Meerestrafen und in den Wäldern, und ihr Markt ist allerwärts. Und wenn der Markgraf geändert seinen Sinn und will nun zerstören die Städte, wer sieht ihm bei? Das Land etwa? Will er das, muß er rufen die aus den Wäldern und von den Meerestrafen, und sie werden auch kommen, aber wie heimliche Wolfe; und wird er wollen sie loslassen, daß sie ihm fressen die Beute, die er will? — Das Regiment des Rates ist hart; der Herr lasse es uns ertragen vor'm Regiment der Fürsten und der Gemeinden, er wolle uns davon befreien gnädig! Daß der Markgraf, den Gott erhalte, sehr den Fuß des Hornes auf den Nacken der Städte, der Herr wolle es wenden und unser sich erbarmen! Denn wir wissen, was da ist, aber wir wissen nicht, was da kommen wird.“

„Der Kurfürst hat nach niemand geschickt, der ihm vertraute und recht tat“, sprach der Junker fast in aufgeregtem Tone.

Noland von Berlin.

Konrad von Billibald Noland (B. Spring)

Aber in der köstlichen Wärme und dem klaren Blau des Himmels sollte etwas liegen, was den Junker anzog. Also würde doch der Jude ihm folgen solle, bisweil er langsamem Schritte voranging. Und zum Erliegen aller in der Juden-Hande folgte der alte Baruch dem vornehmsten Herrn, und dieser hatte viele Fragen an ihn, und hörte mit freundschaftlichem Ernst Antworten zu, die der Jude freilich mehr mit dem Kopf als mit dem Herzen beantwortete, als zum großen Herrn aufgerichtet zu seinem Hausstand gehörten, Heiber, Kinder und junge Mädchen, sie waren alle vor die Schwelle getreten, als sie den Junker sahen mit dem fremden vornehmsten Junker so verblüfft und glücklich sprechen; und ihn folgten sie die Hände über'm Kopf schüttelnd, vor großen Schwärmen, und gingen wieder ins Haus zurück, weil Baruch ihnen wollte, aber aus dem Junker und den Kindern die Strohen der Erde schüttelten sie ihm neugierig nach, und warteten auf den anderen zurück, daß er auch das Ungewöhnliche ihnen sagte. Die Ritter aber folgten mit lächelndem Munde dem Juden, ohne die Strohen nur eines Blickes zu würdigen. „Wir haben Glück mit unserm Fürstern in dieser Stadt“, sagte Herr Noland.

„Noland, eine sehr seltene Komposition“, sagte der Junker.

„Und diese neuen Bekanntschaften, die er in der letzten Nacht macht, werden ihn von absonderlichen Kupfen sein“, sagte der Junker mit lächelndem Munde.

„Aber der Junker ist nicht in zu denken, vielmehr möchte ich aufpassen auf alles, was ihm der Heiber sagte.“

„Ist also hat's mit dem Heiber?“

„Was haben wir zu halten, als was uns hat, denn wir sind schon. Die gestrigen Herren sind hoch und hochgeehrt, aber sie hat fast; aber wer hat ist, der nimmt nicht des Heiber's Reden, weil ihn hungert und nicht des armen Mannes Reden, weil ihn friert. Sie lassen uns kriechen im Schnee und spielen in der Sonne, und können uns, was sie haben, weil sie's haben besser. Aber die nicht sind fast, aber sie mögen an der Herren Tisch, was sich kriechen im Schnee und spielen in der Sonne, und können uns, was sie haben, weil sie's haben besser, und können uns, was sie haben, weil sie's haben besser.“

„Doch müssen sich die Herren der Stadt“, sprach der Junker, „daß sie gerecht richten lassen, und keine Beute des Heiber's haben, daß ihre Schiffe sind. Und so mehr werden

sie Euch Recht finden lassen gegen das Volk, wenn das Euch was anhaben will.“

„Die weiten Leute finden das Urteil, gnädiger Herr, aber was gefunden ist, bekommt es allemal der, der's hat verloren? — Ihr Gericht ist gerecht, rühmen sie, und die Leute sprechen es nach; und sie sind stolz und sehen hochmütig nieder auf die Gemeinden und sagen: was wollen die reden mit! Aber wenn die Gemeinden wütten und drohen, dann schau'n sie sich an, und einer klopft's ins Ohr dem andern, daß es gefährlich ist, trotz ihnen dem Gemeinwillen, und ihnen nichts bringt und hilft. Und sie zählen die schönen Rechte, die sie haben, und die sie verlieren können, und um wen? — Um einen schlechten Juden!“

„Und das schwere Recht, was fanden die Schiffe, geht verloren unter der Hand wie ein leichter Heller, und das große Recht, grab' wie eine Klinge von edelmütigem Stahl, wird gebogen krumm wie ein Traub. Um des Friedens willen, heißt es, und das gemeine Wohl; ist aber der Herren eigen Wohl, daß sie nicht geführt werden im Nachmittagslicht, und das Volk nicht schreit garstig vor ihren Fenstern, wenn sie die Fenster lassen schlagen und die Trompeten bläuen bei ihren Feiern. Unsere Ritter haben gehabt schöne Rechte und keine Sicherheit und guten Handel in den Städten, und es war alles gut gekauft mit Geld und Silber von den Herren, die sitzen an langen Tische. Aber ein Recht um das andere haben sie uns wieder genommen ab, und das Geld doch nicht gegeben wieder; denn kamen denn Rathhaus mit Fahren und Raub die Fürsten und sprechen das Schwabed was, und wir sind gute Bürger, und sie sind schlechte Fürsten.“

„Denn dürfen wir kaufen kein Vieh und verkaufen kein Fleisch, als was die Heiber nicht mögen, und dürfen nicht gehen auf dem Markt, als bis der Blick ist fort, und dürfen nicht umgehen auf unserer Straße, und nicht sitzen vor unseren Türen, und nicht rufen über unsere Schwelle einen christlichen Mann.“

„Und doch heißt Ihr, daß des Rates Recht blühe“, sprach der Junker.

„Wir haben's Tag und Nacht, hoher Herr, denn was soll werden, wenn kein Regiment ist um! Es die Fürsten kommen aus Regiment, was's uns geben besser? Und wenn sie nicht finden den Weg ins Regiment, den Weg in die Judengasse finden sie doch, und loben und kaufen und verkaufen, und schmeicheln die Herren ein und schlagen die Taten entgegen, und rufen am Herz uns und spielen ins Auge mit uns, und unsere Heiber kriechen vor uns, daß es erreicht die Schwärme. Wir haben gesehen diese Tage in Berlin, gnädiger Herr, und die bösen Tage werden kommen wieder, und die Kinderkinder von dem Heiber kriechen in der Wiege, werden noch nicht sehen des Ende.“

„Der Kurfürst hat nach niemand geschickt, der ihm vertraute und recht tat“, sprach der Junker fast in aufgeregtem Tone.

(Fortsetzung folgt.)

„Der Kronadour“.
 „Die schöne Galathee“.
 „Der Ring des Nibelungen“.
 „Die Walküre“.
 „Das goldene Kreuz“.
 „Brinz Friedrich von Souburg“.
 „Der Ring des Nibelungen“.
 „Siegfried“.

Lobe-Theater.
 „Der Graf von Luxemburg“.
 „Das Konzert“.
 „Der Graf von Luxemburg“.
 „Das Konzert“.

Thalia-Theater.
 „Der Skandal“.

Schauspielhaus
 „Die schöne Helena“.
 „Die schöne Helena“.
 „Die Förster-Chiffel“.
 „Die schöne Helena“.

Volksbräu
 Weibknecht, allestern

Lieblichs Etablissement
Lotte Sarrow
 „Die Ehebrecherin“.
 Bernhard Mörbitz

Viktoria-Theater
Schimpanse
 Consal James Great
 Perzina's zoolog. Polpourri
 Nachm.-Vorstellung

Zeltgarten
Willi Haase
 Spezialitäten

Palmengarten.
Neger-Kapelle
 Naupold-Orchester

DE Thompson's
 das beste Waschmittel.
 2 1/2 Pakete 18 Pf.

Bettstellen * Fertige Betten

Fertig gefülltes Bett
 1 Deckbett, 2 Kissen, rot Inlett m. 10 Pfd. dopp. gereinigt. Federn M. 23.-

Fertig gefülltes Bett
 1 Deckbett, 2 Kissen, rot Körper m. 11 Pfd. dopp. gereinigt. Federn M. 27.05

Fertig gefülltes Bett
 1 Deckbett, 2 Kissen, rot Körper m. 11 Pfd. weissen Schleissfedern M. 38.10

Weisse Gänse-Schleissfedern
 Pfd. M. 4.20, 3.40, 2.65 und 2.10

Weisse Gänse-Daunen
 Pfd. M. 8.25, 6.75 und 5.25

Wallis, Linoz, Bett-Daenaste
 Deckbett- u. Kissenbreiten i. bewährten Qualitäten zu niedrigsten Preisen.

Züchen, inlett's, Bettlaken
 in vorzüglichem, langjährig bewährten Marken zu niedrigsten Preisen.

Leinenhaus Bielschowsky
 Nikolaistrasse 75/76 BRESLAU Ecke der Herrenstr.

und wenn Alles auf den Kopf sich stellt
 Bleibe einzig
Pinkus Hübner
 Ring 2.

Schlus
 Verkauf meines Restlagers
 L. Herzfeld, Fischerstr. 1728

Rohtabake
 Carl Rother & Rode
 Breslau I. Nummer 26.

Achtung!
 General-Vertretung der Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter.
 Donnerstag, den 7. d. Mts., abends von 6-8 Uhr.

Ortskrankenkasse für Tischler u. Pianoartenbauer.
 Bekanntmachung.
 Eintrittskarten für die 1. Konferenz der Krankenkassen Schlesiens

Empfehle Brot
 Carl Fiebach, Friedrich-Wilhelmstraße 82.

Rocksneider
 H. Silberfeld, Schweidnitzerstraße 16/18.

Schlüterbrot (Patent)
 Franz Strauch, Schlüterbrot-Fabrik

Trauringe
 Goldene Halsketten, Armbänder, Broschen, Ohrringe, Ringe, Nadeln, Knöpfe etc.
Alfred Herzog, Juwelier
 Ohlauerstrasse 8, zweites Viertel vom Ringe.

Reste - Partiewaren
 Herrenstoffe, Damenstoffe, Samet, Seide, Futterstoffe, Gardinen etc.
Reste-Handlung
 Breitestrasse 42, Ecke Münzstrasse.

Pfänder-Auktion!
Zurückgeführt Dr. Freund
Gute Zigarren

Wir sind die billige Tapeten-Bezugsquelle
 Cremers Tapetenhaus, Taschenstr. 22, Nähe Ohlauerstr.

persil
 ist das zur Zeit hellste überall eingeführte und bestbewährteste selbsttätige Waschmittel
Henkel's Bleich-Soda

Spezialtag
Hildebrand

Berliner Pferde-Lose à 1 Mk.
 Hauptgewinn 1. W. von 10,000 Mark.

Original-Phoenix-Nähmaschinen
Jul. Dressler & Co.,
 Breslau, Ring 6.

Millionen Hausfrauen putzen mit Globus Putzextract
 Bestes Metall-Putzmittel



Der verunglückte Ballon „Pommern“.

Reichstags-Abg. Dr. Delbrück



Zur Ballonkatastrophe bei Sassnitz

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. April.

Geschichtskalender.

6. April.

- 1883 Der Vater Raphael Santi in Urbino * und 1520 am gleichen Tage in Rom †.
1884 Dr. Dichter Emanuel Geibel in Ulm †.
1899 Wilhelm II. redet von Gleichberechtigung der Arbeiter.

Sie werden schießen auf Vater und Mutter.

Mit der Aufklärung der Jugend ist es aus, total aus. Wer's nicht glaubt, der lese nachstehenden Prozeßbericht und er wird finden, daß in Zukunft die Arbeiterjugend nur noch katholischen und evangelischen Vereinen beitreten und Carter-Geschichten lesen wird.

Also, Genosse Schiller war angeklagt. Er sollte das neue Vereinsgesetz dadurch übertreten haben, daß er am 2. Januar eine öffentliche Jugendversammlung nach dem Gewerkschaftshause einberief, ohne sie politisch anzumelden.

Aus aller Welt.

Zur Ballonkatastrophe in der Ostsee. Die Unglücke der letzten Tage haben für die Luftschiffahrt schwere Verluste gebracht. Am entsetzlichsten war wohl das Stettiner. Zu den von uns gemeldeten Einzelheiten kommt noch folgende Schilderung des einzigen Ueberlebenden vom Ballon „Pommern“.

fröhen, in gestillter Gesellschaft verkehren und Museen zu besuchen solle, so müßten wir doch nicht in Preussisch-Breslau leben, wenn das von der Polizei nicht als staatsgefährlich angesehen worden wäre.

Der Amtsanwalt beantragte 100 Mark Geldstrafe. Ohne Zweifel habe man sich in der Versammlung mit politischen Angelegenheiten befaßt, denn unter politischen Angelegenheiten seien solche zu verstehen, die den Staat, die Gesetzgebung und Verwaltung unmittelbar berühren.

Die Jugendbewegung verfolge überhaupt keine politischen Ziele, sie erstrebe vielmehr eine sorgfältigere allgemeinmenschliche und humanitäre Bildung, als sie der Jugend in den Schulen zuteil wird.

Genosse Schiller weist darauf hin, daß die Grundlage des Referats ein Kladderlatz der Breslauer Schulverwaltung an die Arbeiterkammer gewesen sei.

Genosse Schiller weist darauf hin, daß die Grundlage des Referats ein Kladderlatz der Breslauer Schulverwaltung an die Arbeiterkammer gewesen sei.

gebauter Mann, vermochte sich an den Negmaschen des Ballons festzuhalten, bis Hilfe nahte.

Die Stelle der Strandung des Ballons war durch eine Boje gekennzeichnet worden. Seit gestern Vormittag bemühen sich unangesehnt Fischer, die Leichen der beiden noch vermißten Fabrikarbeiter zu bergen.

Noch ein Ballonunglück. Der Luftballon „Braunschweig“ unternahm am Sonntag in Braunschweig ebenfalls eine wissenschaftliche Luftfahrt.

Eisenbahnzusammenstoß bei Wülheim a. d. Ruhr. Ein in seinen Folgen leichteres Eisenbahnunglück als bei Wülheim am Rhein hat sich gestern Abend in Wülheim (Ruhr) ereignet.

Die Rache des Betrogenen. Der im Mannheimer Frankenhause seit zehn Jahren beschlossene Mörder Jean Hart lebte gestern Nacht, da er Ursache hatte, an der Türe seiner Zelle zu zweifeln.

lich zu einer politischen gestempelt, während sich in Potsdam die Polizei um eine politische Jugendversammlung garnicht kümmerte, die allerdings von „nationaler“ Seite einberufen worden war.

Das Urteil lautete auf dreißig Mark Geldstrafe. Das Gericht vermöge nicht einzusehen, daß bezüglich der Schulen die eine Frage politisch sei und die andere nicht.

Selbstverständlich wird gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Die Unglücksfahrt des Ballon „Schlesien“.

Wie wir bereits gestern noch in einem Teile der Luftfahrt mitteilen konnten, ist der Führer des Ballons „Schlesien“, Prof. M. Abegg aus Breslau, am Sonntag bei Sassnitz in Folge einer gefährlichen Landung tödlich verunglückt.

Die Landung schien glatt von statten zu gehen. Drei von den vier Insassen hatten bereits den Korb mit den Instrumenten verlassen, und nur Professor Abegg befand sich noch in der Gondel.

Einmal der drei übrigen Teilnehmer an der Fahrt schilbert den Unfall folgendermaßen: Die erste Landung des Ballons „Schlesien“ erfolgte Sonntag nachmittag ziemlich rasch auf einem Sturzgacker in der Nähe von Czajzig.

Ein gemütliches Gefängnis. Im „Gaulois“ liest man: Man hat uns eine Reihe sehr seltener Enthüllungen gemacht über gewisse Provinzialgefängnisse, die in den verschiedenen Budgets ansehnliche Summen beanspruchen und doch niemals auch nur einem Sträfling Aufnahme gewährt haben.

Am Freitag dieser Woche beginnt für Breslau der 4. Vortrags-Kursus, der vom Arbeiterbildungs-Komitee veranstaltet wird. Neben ist der Schriftsteller Genosse Engelbert Graf, Berlin, der über das Thema

„Die Geschichte unserer Erde“

sprechen und seine Vorträge durch Lichtbilder unterstützen wird. Im einzelnen enthält sein Programm folgende Abschnitte:

- Freitag, den 8. April. Historischer Abriss. Die Bildung und Entwicklung unseres Planetensystems.
Freitag, den 15. April. Die Entwicklung der festen Erdrinde. Erklärung und Ablagerungsgebiete. Die Zeitalter der Erdgeschichte.
Freitag, den 22. April. Formen der Erdoberfläche:
a) Gebirgsbildung. Erdbeben und Vulkane.
b) Wasser und Land. Kreislauf des Wassers. Verdunstung und Abtragung der Erdoberfläche.
Freitag, den 29. April. Geologische Entwicklungsgeschichte des Gebiets, in dem der Vortrag stattfindet.

Die Gesamtkarte für alle vier Vorträge wird mit 50 Pfg. im Parteisekretariat und an der Kasse abgegeben. Einzelkarten kosten 15 Pfg. pro Vortrag. Die Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins erhalten Beteiligungskarten von ihren Bezirksführern. Auch eine Anzahl Gewerkschaften stellen ihren Funktionären Karten zu.

* Das Arbeiter-Sekretariat Breslau war im

Monat März 1910 von 813 Personen in Anspruch genommen worden. Davon waren erstmalige Besuche 745, wiederholt erschienen 68; im ganzen wurde in 843 Fällen Auskunft erteilt. Von den 813 Personen waren 695 männlich und 118 weiblich. Organisiert waren 677, Estraden Organisierter 55, Organisationsunfähige 81, wohnhaft in Breslau 726, auswärts 87. Von den Ausländern entfielen auf Arbeiterversicherung 226, auf Arbeits- und Dienstvertrag 141, Bürgerliches Recht 265, Strafrecht 78, Gemeinde- und Stadtangelegenheiten 102, Arbeiterbewegung 6, Privatversicherung 12, Handels- und Gewerbesachen und Diverses 13. Die Zahl der Schriftsätze beträgt 302, die in folgenden Fällen notwendig waren: Arbeiterversicherung 82, Arbeits- und Dienstvertrag 56, Bürgerliches Recht 92, Strafrecht 31, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 51, Arbeiterbewegung 2, Privatversicherung 4, Handels- und Gewerbesachen und Diverses 4.

* Die Gewerbegerichts-Beisitzer veranstalten am

Donnerstag, den 7. April, Abends 8 Uhr, im Zimmer Nr. 2 des Gewerkschaftshauses eine gemeinsame Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gewerbegerichts-Beisitzers über: „Rechte und Pflichten der Gewerbegerichts-Beisitzer“. 2. Wahl eines Obmannes und eines Schriftführers. 3. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen wird erlucht.

* „Liebet eure Feinde, tuet Gutes denen die Euch hassen“.

Dieser Satz sollte nach der Meinung des mythischen Stiffers des Christentums die Quintessenz seiner Lehre sein. Unstreifig stellt dieser Satz auch eine höhere Kultur gegenüber derjenigen des vorchristlichen Zeitalters dar. Die angeblichen Nachfolger Jesu haben eine andere Meinung über das Wesen des Christentums. Bei ihnen gilt noch das mosaische Wort „Aug' um Aug', Zahn um Zahn“. Der oft genannte Pfarrer Hankel in Weichseln, der die Zentrumsreligion in ihrer ganzen Schönheit praktiziert, scheint es auch mehr mit Moses als mit Christus zu halten. Am Palmsonntag hatte er ein tödlich verunglücktes Mitglied der katholischen Fraktion zu beerdigen. Das ging ihm sehr nahe. Von jenem christlichen Gefühl überwallt tief er übers Grab hin: „Es wäre besser gewesen, wenn statt dir, zehn aus der roten Flut verunglückt wären“. So wünschen wir uns die Prediger der Nächstenliebe. Aug' um Aug', Zahn um Zahn. Schetterhausen, Follerklammern, etc. sind unstrittig symbolische Attribute des zentriemlichen Protivucherschristentums, als die übergeordneten Toleranzanträge der Zentrumsheiligen. Der Pfarrer von Weichseln dem die Heuchelei seiner Amtsbrüder Feind ist, hat uns in seiner Offenherzigkeit immer schon Freude gemacht. Goffentlich wird er der Alte bleiben; das erleichtert uns die Arbeit und auch der geistig schwerfälligste Arbeiter vermag an den Hebern den Vogel zu erkennen.

* Die Arbeiterverhältnisse im amerikanischen Kohlen-

bergbau ziehen gegenwärtig die Aufmerksamkeit in hohem Maße auf sich. Wenn die jüngsten Nachrichten sich bestätigen, so haben 300.000 Bergarbeiter im Zeitschloßdistrikt von Indianapolis am 1. April infolge von Lohnstreikigkeiten, wie angekündigt, die Arbeit niedergelegt. Das ist nicht mehr als die Hälfte sämtlicher in Zeitschloßgruben arbeitenden Bergleute und annähernd die Hälfte sämtlicher Bergarbeiter in Amerika. Denn es betrug die Belegschaft in den Zeitschloßgruben von Amerika im Jahre 1908 516.264 und in den pennsylvanischen Anthrazitgruben 174.174, sodaß sich insgesamt eine Belegschaft von 690.438 Köpfen ergibt. Sie ist bis 1907 fast geblieben und ist auch 1908 noch rechtlich doppelt so hoch gewesen wie im Jahre 1890. Gerade in den Zeitschloßgruben ist die Belegschaft stark gestiegen; während sie sich seit 1890 um fast das Dreifache vermehrt, ist die Belegschaft in den Anthrazitgruben in derselben Zeit nur um 38 Prozent in die Höhe gegangen. Dabei hat sich allerdings die Jahresleistung eines Arbeiters der Zeitschloßgruben nicht entfernt so gesteigert, wie die eines Bergarbeiters in den Anthrazitgruben; bei den ersteren stellte sich die Jahresleistung 1908 durchschnittlich auf 584 Tons gegen 632 im Jahre 1900 und 528 im Jahre 1890; bei den letzteren betrug sie 1908 434 Tons, während sie im Jahre 1900 361, im Jahre 1890 355 betragen hatte. Auch im Laufe der letzten Jahre ist die Entwicklung in den Zeitschloßgruben hinter der in den Anthrazitgruben zurückgeblieben: die Förderung von bituminöser Kohle ging pro Arbeiter von 698 Tons im Jahre 1907 auf 584 im Jahre 1908 zurück; die Förderung von Anthrazitkohle pro Arbeiter sank in der nämlichen Zeit nur von 464 auf 434 Tons. Während dort die Abnahme der Arbeitsleistung 114 Tons betrug, stellt sie sich hier nur auf 30.

* Wieviel Handschlüssel kann ein Mieter verlangen?

Diese Frage hat schon oft zwischen Vermieter und Mieter zu Verdrüss geführt. Das hat der Gesetzgeber wohl auch vorausgesehen. Er hat zwar nicht die Frage direkt beantwortet, wohl aber in den §§ 242 und 243 des B. G. B. genügende Anhaltspunkte gegeben. Nach § 242 ist der Vermieter verpflichtet, das Ueberbleiben der Wohnung so zu bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordert. Und nach § 243 muß der Vermieter dem Mieter die Wohnung in einem zu dem vertraggemäßen Gebrauch geeigneten Zustand übergeben und überlassen. Dazu gehört

reicht dem Vermieter, aber auch, daß, wenn das Haus selbst verschlossen ist, der Mieter die Schlüssel hat, in das Haus zu gelangen. Er braucht also außer dem Rinnme Schlüssel noch Schlüssel zum Öffnen der Wohnung vom Treppenaufgang aus und auch zum Öffnen des Hauses von der Straße aus. Die Schlüssel sind auch sein Eigentum; er verleiht sie, wohl aber wechelt sich mancher Hauswirt, von jedem Haus- und Schlüssel so viel Exemplare zu geben oder anfertigen zu lassen, wie benötigt oder verlangt werden. Seine Verpflichtung hinsichtlich der Anzahl der Schlüssel muß eine Grenze haben, und diese ist eben in der Verkehrssitte gegeben. Nach dieser Verkehrssitte muß er je drei Schlüssel anfertigen: einen für den Hausherrn, einen für die Hausfrau oder einen erwachsenen Sohn, einen für Diensthofen oder Knechten. Hat der Mieter z. B. eine Frau, dazu drei erwachsene Söhne und einen Diensthofen, so würde er für alle Fälle nämlich je sechs Schlüssel benötigen. Dazu ist jedoch der Vermieter nicht verpflichtet. Wohl aber ist er verpflichtet, zu gestatten, daß der Mieter je drei weitere Schlüssel sich selbst anfertigen läßt, die auch Eigentum des Mieters bleiben, bei Auszug aber unbrauchbar gemacht oder vom Vermieter angekauft werden müssen.

* Vom Elisabeth-Turm. Die Feuerwehr hatte, als man das Turmwächterzimmer am Elisabethturm mit zwei Posten besetzte, auch einen Mienenbottich in den Boden der Stube eingelassen, der mit Wasser und Lysol gefüllt war. Bei Feuergefahr in der Nähe des Turmes oder in der St. Elisabethkirche sollte die Füllung dieses zwei Kubikmeter fassenden Bottichs zu Abschrecken Verwendung finden. Da nun der Posten auf dem Turme eingesetzt worden, ist wie die „B. Z.“ mitteilt, auch der Bottich von oben entfernt worden. Eine Abteilung Feuerwehrleute unter Führung eines Brandweilers rückte Sonnabend Vormittag aus, um dieses etwas schwierige Werk — deshalb schwierig, weil, wie oben bemerkt, der Behälter in den Fußboden eingelassen und deshalb mit Brechklappen erst herausgehoben, zerlegt und dann heruntergelassen werden mußte — zu erledigen. Ein etwa 100 Meter langer Schlauch, der an der Außenseite des Turmes befestigt war, sollte das Wasser aus dem Behälter zur Erde leiten. Nachdem die Mannschaften eine etwa 60 Meter lange Strickleiter unter ständiger Hilfe glücklicherweise herabgeholt hatten und eben an die Belegung des Bottichs gehen wollten, fanden sich einige Herren des Kirchenvorstandes von St. Elisabeth etc. die dieses Vorgehen inhibierten. Sie erklärten, daß die Kirchenverwaltung der Vorkehrung der Feuerwehr entgegen sei, damit im Falle einer Feuergefahr sofort auch Wasser zum Löschen vorhanden wäre. — Somit bleibt der Wasserbehälter wohl weiter auf dem Elisabethturm.

* Die Zeitschrift „Breslau“, eine Wochenschrift, herausgegeben im Auftrag der Geb. Paroch von dem Redakteur Fritz Böttcher, hat nach nur kurzem Bestehen ihr Erscheinen eingestellt. — Das war vorausgesehen, denn es fehlte dieser Zeitschrift sowohl an einer führenden Kraft, als auch an Mitarbeitern von Namen und Klang. Der Leiter der Zeitschrift war ein blutjunger Mann, der erst vor zwei Jahren in die Journalistik eintrat und dem begreiflicherweise jede Erfahrung abging. Denn aber trug die Zeitschrift auch ihren Namen zu unrecht, denn irgend ein Breslauerisches war in ihren Seiten mit Ausnahme einiger weniger alter Artikel nicht zu finden. Schade! Breslau hätte eine ähnliche Einrichtung, wie die, die „Breslau“ sein sollte, sehr gut gebrauchen.

* Ueber das Gemeindebestimmungsrecht wird am Donnerstag, den 7. April, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Bomona“, Albrechtstraße, Herr Rittergutsbesitzer Smith aus Nimpsch im Auftrag des Vereins für Frauenstimmrecht sprechen. Wie wir hören, handelt es sich auch um die Befugnisse der Gemeinde über den Alkoholaufkauf. Eintritt ist frei.

* Die geschiedene Frau in Bildern. Im Dresdener Kunstverein Gustav Schmidt-Dresden erschien neben mit den Bildern von Irene Fiedler und Theo Plant vom hiesigen Lyceum Theater (Aufnahme von Johannes Schulze, Matth. Klapal) zwei künstlerisch ausgeführte Chromilberpostkarten. „Der Graf von Luxemburg“ (6 Karten) und „Die geschiedene Frau“ (7 Karten). Dieselben sind bereits in den meisten einschlägigen Geschäften käuflich.

* Von der Sächsischen Straßenbahn. Die Einnahme der Sächsischen Straßenbahn im Monat März d. J. betrug 73.619 Mk. gegen 49.160 Mk. im März des Vorjahres. Mittels im März von 25.459 Mk. Die Gesamteinnahmen des Wirtschaftsjahres 1909/10 betragen 826.552 Mk., die des vorigen Jahres 696.316 Mk. Das Jahr 1909/10 hat also 130.236 Mk. Mehr eingebracht.

* Achtung, Klempner! Die für Mittwoch, den 6. April, angesetzte Versammlung findet nicht statt. Das Nähere wird den Veranordneten noch bekannt gegeben.

* Die Ortsverwaltung Breslau des Metallarbeiter-Verbandes.

* Die Kathreiner-Abende im Gewerkschaftshause hatten bisher einen außerordentlich großen Zuspruch zu erwecken, besonders von Frauen. Der Vortrag der Frau Professor Nuttin über „Die Vorteile des echten Kathreiner Wollstoffes“ fand allgemeine Beifall, ebenso die Lichtbilder-Vorträge. Um sich einen Überblick über den Stand der Sache zu machen, notieren wir, daß gestern mehr als 400 Teller Kaffee mit 80 Liter Milch gratis ausgeteilt wurden, dazu selbstverständlich der oblige Kuchen. — Die nächste Kaffee-Verteilung findet am Mittwoch statt.

* Nachmittags-Vorstellungen mit dem Schimpansen Konul James Great finden in diesem Monat jeden Mittwoch und Sonnabend im Victoria-Theater statt. Die erste Nachmittags-Vorstellung findet morgen, Mittwoch, den 6. April, statt. Die Eintrittspreise sind die üblichen, Kinder zahlen auf sämtlichen Plätzen die Hälfte. Einlaß 8 Uhr, Beginn 4 1/2 U.

* Vermisst wird seit dem 14. v. M. der 10 Jahre alte Schüler Maria Walter, bei der Mutter, Frankfurterstraße 10 wohnhaft. Der Knabe ist am genannten Tage der Mutter entlaufen. Er hat blonde Haare, braune Augen, rundes blaßes Gesicht und trägt blaue Bluse, darüber einen orangefarbenen Lieberzieher, schwarz- und weißgefärbte Hose und braune Schuhe. — Ferner wird seit dem 31. v. M. der 18jährige Schüler Karl Kosan, bei seinem Stiefvater Hebenegasse 12a wohnhaft, vermisst. Er hat blondes Haar, dunkle Augenbrauen, graue Augen, mageres blaßes Gesicht, schwächliche Gestalt; an der rechten Hand bemerkt man eine Narbe. Bekleidet ist er mit graugelbem Anzug, brauner Jacke und brauner Mütze.

* Feuer. Am Montag Abend nach 7 Uhr mußte die Feuerwehr nach dem St. Nikolaistempel in Kotel eilen. Dort wurde, wie alljährlich, der angepöbelte Hofen von dicken Strängen und Blumen verbrannt und ein Ueberflieger hatte das zum Anlaß genommen, die Feuerwehr zu alarmieren.

* Straßsachen. In der Zeit vom 20. bis 26. März 1910 sind in den sächsischen Amtsstellen, Verkehrsämtern usw. folgende Gegenstände gefunden worden: ein Derruglas, ein Paletten Benz, ein Derruglas im Eini mit Nieren, ein Damenstich (Seide) und ein Paar Derruglammische im Stadttheater; ein Damenstich, eine Flechlampe und ein schwarzer Schirm in der Sächsischen Straßenbahn.

* Gewunden wurden ein Portemonnaie mit 22 Mk., eine goldene Uhr mit Kette und einem goldenen Ring mit blauem Stein, eine goldene Uhr, eine Sammelbüchse, eine Box, eine goldene Uhr, eine Wachsteinwandbüchse mit 64 Dinstungsbüchern, drei Messinggläser, ein Damenstich, mehrere Fanblättchen, ein Goldring und ein Hülfenstück, eine Taschenlampe, eine Fahrradklingel, ein Reparaturwerkzeug und eine Invalidenrentenkarte.

Wasserstands Nachrichten der Ober.

Table with 10 columns: Station, Wasserstand, etc. Data includes stations like Weichseln, Grotte, etc. and water levels.

Arbeiter-Sängerfest in Orlitz.

Die Vorbereitungen für das Arbeiter-Sängerfest, welches in Orlitz in sämtlichen Orten und Ecken der Provinz Braunschweig zu den Pfingstfesttagen stattfinden soll, sind bereits in vollem Gange. Die ganze Arrangements-Commission hat sich in Orlitz versammelt und hat die Vorbereitungen für das Fest in vollem Gange. Die ganze Arrangements-Commission hat sich in Orlitz versammelt und hat die Vorbereitungen für das Fest in vollem Gange.

Zum ersten Male wird eine Festschrift herausgegeben, neben der Geschichte der Arbeiter-Sänger-Vereine die Geschichte der Arbeiter-Sänger-Vereine enthält. Die Festschrift wird im Laufe des Monats April herausgegeben und wird im Laufe des Monats April herausgegeben.

Neueste Nachrichten.

Der Kaiser und die Wahlrechtsfrage.

Frankfurt a. M., 5. April. Von Berlin wird der „Freiurger Zeitung“ gemeldet: Der Kaiser hält sich entgegen den lautesten Meldungen in der Wahlrechtsfrage durchaus zurück. Der Reichstagler ist, wie verlautet, seinen Entschlüsse durch den Kaiser in keiner Weise behindert worden. Die Entscheidung, welche Form die Wahlrechtsfrage annehmen wird, liegt dem Staatsministerium und dem Ministerpräsidenten — Also — konstitutionell!

Nach ein Absturz mit dem Flugapparat.

Wien, 5. April. (S. T. B.) Der österreichische Aviatikpionier ist gestern Nachmittag bei einem Probeflug verunglückt. Infolge Sturmes löste der Apparat um und stürzte von einer Höhe von 9 Meter zu Boden, wo er zerbrach. Der Aviatiker wurde schwer verletzt.

Erdbeben.

Dresden, 5. April. (S. T. B.) In Brambach Falkenstein im Vogtlande wurde ein heftiges Erdbeben verspürt.

Regierung und Reichsbahn.

Petersburg, 5. April. (S. T. B.) Außer den 500 Millionen für den Flottenaufbau wird die Regierung von der Duma 650 Millionen für die Landesverteidigung verlangen.

Schiffs-Katastrophe.

London, 5. April. (S. T. B.) Aus Palermo wird berichtet, daß ein hier eingetragener belgischer Schlepper „John Bull“ berichet, daß von ihm geschleppte viermalige Segelschiff „Käthe Thomassen“ früh 4 Uhr auf der Reise von Antwerpen von einem unvorhergesehenen Dampfer in den Grund gebohrt wurde und in 10 Minuten gesunken ist. Nur der Schiffsjunge wurde gerettet. Alle anderen an Bord befindlichen Personen, 19 an der Zahl, haben den Tod in den Wellen gefunden.

Vom Aetna.

Rom, 5. April. (S. T. B.) Die Nachrichten vom Aetna lauten wieder beunruhigend. Es wird wieder größere Lavastrom ausgetrieben. Der Papst hat der bedrohten Bevölkerung telegraphisch seinen Segen gesandt. (Trotzdem kommt der Aetna nicht Ruhe. D. R.)

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.
Dienstag, den 5. April:
Öffentliche Volksversammlung. Referent: Rosa Luxemburg.
Steinfeger. Versammlung im Waldarbeiter.
Sänger-Verein „Frohmann“. Übungsstunde. Zimmer 2.
Mittwoch, den 6. April:
Vorbereitung der Zimmerer und Tischler. Kathreiner's Kaffee-Abend im großen Saale.
Handlungsgehilfen. Versammlung. Zimmer 1.
Holzarbeiter, Section der Maschinenarbeiter. Versammlung. Zimmer 1.
Kammer- und Hilfsarbeiter. Abends 7 Uhr: Versammlung. Zimmer 3.
Arbeiter-Radfahrer-Verein. Versammlung, Zimmer 5.
Steinographen (Söhnen Arends). Zimmer 7.
Donnerstag, den 7. April:
Bauerarbeiter-Verband. Kathreiner's Kaffee-Abend im großen Saale.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 1.
Gewerbegerichts-Beisitzer. Versammlung. Zimmer 2.
Wahlrecht des Sozialdemokratischen Vereins. Vöherausgehend von 8 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 8. April:
Bildungs-Kursus. Erster Vortrag des Gen. Graf.
Steinographen. Abends 8 1/2 Uhr: Unterricht. Zimmer 1, 3 u. 4.
Sonnabend, den 9. April:
Vorbereitung der Drahtarbeiter und Maler. Kathreiner's Kaffee-Abend im großen Saale.
Verband der Lederarbeiter Deutschlands. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung und Abrechnung sämtlicher Kassen. Zimmer 2.
Sonntag, den 10. April:
Sänger-Verein „Frohmann“. Nachmittags 4 Uhr: Singsfest.
Verband der Tischler. Form. 10 Uhr: Gantontreffen.
Verband der Schuhmacher. Form. 10 Uhr: Gantontreffen.
Nichtleiter. Form. 10 Uhr: Versammlung. Zimmer 5.
Bühnen. Nachm. 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 1.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Der nächste Tagabend
ist Montag, den 11. April, Abends 8 Uhr, in den besagten Lokalen.
Dienstag, den 12. April, Abends 8 Uhr: Tagabend
Distriktslokal, Kollnstraße 20. Beginn der wichtigen Tagesordnung um 7 1/2 Uhr.
Der Distriktsleiter

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Tagungen der Arbeiterverbände.

1. Berlin, den 4. April 1910.

Raum je dürfte Verhandlungen von Arbeiterorganisationen mit so großer allgemeiner Spannung entgegensehen worden sein, als denen der Bauarbeiter - Maurer, Bauführer, Zimmerer und schließlich Bauarbeiter - die heute in Berlin begangen. Diese Tagungen haben zu entscheiden, ob es die Verbände auf die Nachprüfung mit den Unternehmern ankommen lassen, oder ob sie die Arbeiter der Willkür der Unternehmer ausliefern wollen.

Der Verbandstag der Maurer,

an dem 267 Delegierte, Gauleiter und Vorstandvertreter, sowie vier Gäste ausländischer Bundesorganisationen (Österreich, Ungarn, Kroatien, Schweiz) teilnahmen, wurde vom Verbandsvorsitzenden, Bismarck-Hamburg, eröffnet. Er führte dabei aus: Wir sind heute in Berlin versammelt, um eine Frage zu entscheiden, von der sich ungemein weittragender Bedeutung, daß wir mit Recht sagen können, diese Tagung wird eine der wichtigsten sein, die die Maurerorganisation zu verzeichnen hat. Es dürfte nicht am Platze sein, daß wir jetzt bereits in der Einleitung Betrachtungen über das zur Erörterung stehende Thema pflegen. Es kommt auch weniger auf die Worte an, als auf die Handlungen. Wir können sicher sein, daß, wenn diese außerordentliche Tagung von dem Gedanken befeuert ist, daß niemals mehr, wie im Augenblick, und niemals mehr, wie in der nächsten Zeit, die Einigkeit der Maurer und Bauarbeiter Deutschlands notwendig ist, daß wir dann bei unserer Tagung und bei unseren Entschlüsse das Richtige treffen werden. In der Hoffnung, daß wir alle zusammen uns des Ernstes der Situation bewußt sind, möchte ich nun versuchen, in die Verhandlungen einzutreten. (Beifall.)

Der vorgeschlagene Tagesordnung wird zugestimmt. Sie lautet: 1. Bericht über die zentralen Verhandlungen am 9. und 10. März d. J.; 2. Stellungnahme zu den Anträgen des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe; 3. Besondere Maßnahmen für die Lohnbewegung. Die Leitung des Verbandstages wird dem auf dem Verbandstage zu Leipzig gewählten Bureau übertragen, da ja die heutige Tagung nur eine Fortsetzung der Leipziger ist.

Den Bericht über die zentralen Verhandlungen mit den Unternehmern gibt Bismarck-Hamburg. Auf dem Verbandstage in Leipzig, so führte Redner aus, hat der Vorstand Sie über die Verhandlungen vom 9., 10. und 11. November unterrichtet. Es wird noch in aller Erinnerung sein, daß das Ergebnis dieser Verhandlungen gleich Null war. Nach unserem Verbandstage in Leipzig haben die Unternehmer in Straßburg getagt, und sich dort auf den Standpunkt gestellt, daß an dem Vertragsmuster nichts geändert werden darf. Im übrigen wurde die Dreizehner-Kommission beauftragt, in weitere Verhandlungen mit den Zentralverbänden zu treten und den Versuch zu machen, auf der Grundlage ihres Vertragsmusters einen Vertrag zustande zu bringen. Diese Verhandlungen haben dann am 9. und 10. März wiederum in Berlin stattgefunden, und ich will vorweg schicken, daß auch diese Verhandlungen so gut wie resultatlos verlaufen sind. Zunächst stellte der Bund die Forderung, daß nicht nur ein Vertragsmuster für alle in Frage kommenden Orte zentral abgeschlossen, sondern daß die Verträge für alle Orte in allen Einzelheiten vollständig vom Zentralverband zu Zentralverband abgeschlossen werden sollten. Bei den früheren Vertragsverhandlungen im Frühjahr 1908 war das nicht der Fall, da wurde nur das Vertragsmuster vereinbart und die Einzelheiten überließ man den örtlichen Parteien. Der jetzige Vorschlag der Unternehmer geht aber dahin, daß die Zentralverbände von vornherein eingreifen sollten, und würde dahin führen, daß unter Umständen von irgend einer kleinen Differenz in einem kleinen Orte der weitere Bestand des Tarifs für das ganze Reich abhängig gemacht werden kann. Wir haben von vornherein rundweg erklärt,

daß wir das nicht mitmachen,

daß wir zu einem solchen Zugeständnis nicht in der Lage sind. Wir konnten diesen Vertrag so sehr ablehnen, als wir aus den eigenen Worten der Unternehmerführer nachweisen konnten, daß bei dem bisherigen Modus sehr gut gefahren sind. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbands hat aber beschlossen, unter allen Umständen an diesem zentralen Abschluß der Verträge festzuhalten.

Einer der hart umstrittensten Punkte ist der § 4. in dem Vertragsmuster, der von den Löhnen handelt. Die Unternehmer wollen den Tariflohn nur den „tüchtigen gelernten Arbeitern“ gewähren. Sie wollen auch in einer weiteren Bestim-

mung die örtliche Vereinbarung gewisser Leistungsklauseln vor-schreiben. Weiter sollen die Abhne im Klebbau nicht höher sein wie im Hochbau, und der Vertrag auf die große Masse der Klebbauarbeiter, namentlich der Erdbauarbeiter, nicht Anwendung finden. Wir haben es weit von uns gewiesen, solche Bestimmungen anzunehmen, und nach langen Verhandlungen hat dann der Vorsitz der Bundeseinstellung, sie würden auf die Worte „Mühtig“ und „gelernt“ bezogen, wenn wir andere Bedingungen in Bezug auf die Affordarbeit annehmen würden. Da aber diese Bedingungen auch unannehmbar waren und die Dresdener Beschlüsse des Arbeitgeberverbands die Unternehmerforderungen als unabänderliches Ganzes hinstellen, bleibt auch die Forderung der Worte „Mühtig“ und „gelernt“ bestehen.

Im neuen Vertrag soll auch festgesetzt werden, daß Durchschnitts- oder Staffellöhne in einzelnen Orten oder Bezirken eingeführt werden können. Im alten Vertragsmuster war diese Bestimmung nicht enthalten. Sie enthält die Gefahr, daß dort, wo jetzt Durchschnitts- oder Staffellöhne bestehen, sie auch weiter bestehen sollen, und daß dort, wo Einheitslöhne bestehen, um Staffell- oder Durchschnittslöhne gezwungen wird.

Im alten Vertrag haben wir im § 5 seinerzeit die Bestimmung „Affordarbeit ist zulässig, die Affordarbeit unterliegen besonderer Vereinbarung“ aufgenommen. Es ist ja bekannt daß wir seit Jahrzehnten gegen die Affordarbeit angekämpft haben. Wir haben damals den § 5 nur angenommen, um den ganzen Vertrag nicht scheitern zu lassen. In einzelnen Orten haben ja die Mitglieder doch verstanden, sich die Affordarbeit fernzuhalten. Jetzt sagen aber die Unternehmer,

die Affordarbeit muß unter allen Umständen geleistet werden,

keine Organisation darf irgend etwas gegen die Affordarbeit unternehmen, keine darf sich an-machen, für ihre Mitglieder festzusetzen, diese oder jene Arbeit zu einem bestimmten Preise zu machen. Die vertragschließenden Organisationen sollen sich ausdrücklich verpflichten, vor und bei Vereinbarung der Affordlöhne keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben. Das wir diesem nicht zustimmen konnten, ist selbstverständlich. Wir mußten und werden dies auch ferner erklären, daß wir dem § 5 in seiner jetzigen Fassung niemals zustimmen können.

Ein weiterer scharfer Streitpunkt ist der Arbeitsnachweis. Es hat wohl früher niemand geglaubt, daß der Arbeitgeberverband die Unberufenheit bestreite, von uns zu verlangen, daß wir seine Arbeitsnachweismittel vertraglich anerkennen sollten. Jetzt verlangt er aber die Anerkennung dieser Nachweise. Die Generalversammlung in Dresden blieb zwar nicht darauf bestehen, daß die Bestimmung im Vertrage aufgenommen wird, wir sollten aber folgende protokolllarische Erklärung abgeben: „Die Arbeitnehmer sind während der Vertragsdauer nicht berechtigt, die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise in irgend einer Weise zu stören.“ Das ist natürlich dasselbe, und wir haben auch dies abgelehnt.

Der § 10 des Vertragsentwurfs bedeutet für uns geradezu eine schimpfliche Bedingung. Es soll in ihm bestimmt werden, „Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern ist Sache der Arbeitgeber.“ ... Das Zusammenarbeiten mit anders oder nicht organisierten Arbeitern auf ein und derselben Bau- oder Arbeitsstätte darf nicht beanstandet werden. Jegliche Mitwirkung auf der Bau- und Arbeitsstätte während der Arbeitszeit ist verboten. Anders oder nicht organisierte Arbeiter dürfen nicht beschäftigt werden. Der Fall der Befristung ist dann gegeben, wenn ein Arbeiter, nachdem er es sich verbeten hat, weiter mit Organisationsangelegenheiten angesprochen wird. Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist anderen als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet.“ Wir haben im alten Vertrage in Kauf genommen, daß auch während der Pausen niemand beschäftigt werden darf. Das aber jetzt im § 10 bestimmt werden soll, das ist zu stark. Ich stehe ja auf dem Standpunkt, daß sich die Verbände nicht dadurch bekämpfen, daß die Mitglieder der einen Organisation von den anderen Organisationen verlangen, sich ihrem Verbande anzuschließen oder gar zu fordern, daß dieser oder jener entlassen wird, wenn er sich nicht unserer Organisation anschließt. Es muß Grundlag werden, daß dies ein für alle mal abgeschafft wird. Natürlich soll man versuchen, die Kollegen für den Verband zu gewinnen, aber die Klüftung muß mit Mitteln der Ueberredung, der geistigen Ueberzeugung geschehen, sonst muß man schließlich friedlich nebeneinander arbeiten. Die Unternehmer wollen aber verhindern, daß überhaupt auf jemand agitatorisch eingewirkt wird. Befristung soll als Vertragsbruch hingestellt werden. Im bisherigen Vertrage hieß es, die Einstellung und Entlassung ist Sache des Arbeitgebers, nun soll aber gesagt

werden, „der Arbeitgeber“. Wenn aber die Arbeitgeber beschließen, diesen oder jenen nicht mehr einzustellen, dann muß sich der einzelne Unternehmer fügen. Es wäre das unfairste Ding der Welt, wenn wir diesem zustimmen würden. Aus all diesen Gründen lehnen wir den Vertragsentwurf ab. (Zustimmung.)

Auf das Referat schloß sich keine Debatte. In geschlossener Sitzung wurden dann die Vorberatungen über die einzuschlagende Taktik und die Maßnahmen gegenüber der Stellung der Unternehmer gepflogen.

Außerordentlicher Verbandstag der Zimmerer.

1. Berlin, 4. April 1910.

Gleichzeitig mit den Maurern, Bauführern und den hiesigen Bauarbeitern treten heute in Berlin die Zimmerer zusammen, um über die Neuregelung der Arbeitsbedingungen im Baugewerbe und die Anfinnen der Unternehmer dazu zu beraten. Etwa 140 Teilnehmer hatten sich in den „Kaminhallen“ eingefunden. Der Verbandsvorsitzender Schrader begrüßt den seit dem 27. Jahren des Bestehens des Verbandes ersten außerordentlichen Verbandstag, der berufen ist, Beschlüsse zu fassen, die für das wirtschaftliche Leben Deutschlands von außerordentlicher Tragweite sein werden.

Ueber die Verhandlungen mit den Unternehmern berichtet Schrader. Er zeigt die Entwicklung des Tarifvertrags im Zimmerergewerbe bis zu den Schiedssprüchen 1903, die allgemeine Unzufriedenheit in der Kollegenschaft fanden. Die Kollegen haben jetzt eingesehen, daß damals nicht mehr zu erzielen war. Aber nun sind die Unternehmer mit Verschlechterungen gekommen, die niemand erwarten konnte. Die vier Differenzpunkte zwischen den Arbeiter- und Unternehmerverbänden im Baugewerbe sind ja bekannt. Sie sollen zur vollen Anebelung der Arbeiter führen. Die Arbeiter sollen eine endgültige Erklärung abgeben. Die Kollegen, die meinen, daß der Vorstand im letzten Augenblick umstürzen werden, haben durchaus unrecht. (Bravo!) Laßt nicht die Meinung aufkommen, daß die Tarifverträge nur geringen Umfang annehmen werden. Daß die Hamburger Unternehmer abgelehnt sind und die Berliner vielleicht noch abspringen werden, hat nicht viel zu sagen.

Schon jetzt ist in verschiedenen Gebieten den Kollegen gekündigt. Wenn Ihr wollt, könnt Ihr ja den Unternehmerforderungen zustimmen, dann gegen die Kampfsache dem Wege. (Zurufe: Niemals!) Ihr werdet das nicht tun. Ein Kampf aber wird nicht in 14 Tagen erledigt sein, sondern monatelang mit voller Kraft geführt werden müssen. Von der „Sozialen Praxis“ ist die Regierung angewiesen worden. Wir wünschen weder ihre noch jede andere Einmischung. Diese Differenzen werden nicht durch Schiedssprüche aus der Welt gebracht werden. Der Kampf wird nur vermieden, wenn die Unternehmer nachgeben.

Wir werden nie und nimmer einem solchen Vertrag zustimmen,

sondern kämpfen bis zum Äußersten und auch unsere Opfer bringen! (Beif. Beifall.)

Darauf wird in die Debatte eingetreten, in der man sich allgemein mit der Haltung des Vorstandes einverstanden erklärt. Aus allen Reihen spricht hoher Kampfesmut, alle stimmen darin überein, daß dem Uebermut der Unternehmer energisch entgegenzutreten werden muß. Wir haben aus den Reden folgende Einzelheiten hervor-

Engelbrecht-München und andere süddeutsche Delegierte weisen die Behauptungen der Unternehmer auf ihrer Dresdener Tagung, in Süddeutschland hätten die Arbeiter mit dem Unternehmer-nachweise, der Affordarbeit und den Staffellöhnen gute Erfahrungen gemacht, als groben Schwundel zurück. Schwars-Metz hätte gewünscht, daß die Tarife, die 1909 abließen, nicht auf den 31. März verlängert worden wären. Man sollte überhaupt jedem zentralen Vertragsabschluß und schon dem Mustertarif aus dem Wege gehen.

Vom-München: Wir müssen uns ganz besonders gegen die Unternehmer-Arbeitsnachweise wenden. In Nürnberg hat ein Unternehmer offen erklärt, diese Nachweise sollten den Ritt der Unternehmerverbände bilden. Wir haben keinen Grund, da zu helfen. Wir müssen ihnen zurufen:

Wis hierher und nicht weiter!

Isowski-Berlin weist darauf hin, daß die Unternehmer durchaus nicht einig dastehen. Einzelne Scharfmacher reben freilich umso forscher vor. Einer meinte sogar, der liebe Gott habe den Unternehmern bei Abfassung der Forderungen keinen Beistand geleistet. Der wird sich schon helfen! (Beifall.) Kämmer-München: Heute wagt niemand mehr von den Tarifverträgen als von Friedensdokumenten zu reden. Sie sollen zur Anebelung der aufstrebenden Arbeiterbewegung dienen. In Dresden hat ein Herr Schmidt aus Saarbrücken gemeint, die Forderungen der Unternehmer müßten von den Arbeitern ohne weiteres anerkannt werden, weil sonst das deutsche Baugewerbe gegen das

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Rauen-Kamern ohne Draht. Die Großstation für Radiotelegraphie in Rauen bei Berlin hat forden einen neuen Erfolg erzielt. Sie vermochte mit einem von Hamburg nach Westafrika fahrenden Dampfer der Boermann-Linie für die ganze Dauer seiner Ausreise in ständig Nachrichten-verbundung zu bleiben und diesen Verkehr noch auszuhalten, als das mit gewöhnlichen Telefunkenempfängern ausgerüstete Schiff in Kamerun vor Anker gegangen war. Die auf diese Weise überbrückte Distanz beträgt 6600 Kilometer, wobei Erhebungen wie die mittlereuropäischen Zentralalpen, das Hochplateau Algeriens und das Randgebirge von Namana keine Hindernisse darboten. Dieser Erfolg ist die bedeutendste Refordleistung, die über den festen Erdball hinweg zwischen Land und Schiff erzielt werden konnte. Der Verkehr zwischen Rauen und dem Boermann-Dampfer ging, wie von selbstverständiger Seite versichert wird, mit überraschender Leichtigkeit vonstatten. Die Nachrichten, die sich aus Zeitungsberichten und Zahlen zusammensetzten, wurden scharf übermittelte. Die bisher größte Refordleistung der Station in Rauen betrug im Jahre 1909 etwa 5000 Kilometer. Es gelang, von der Station aus einen nach dem Nord fahrenden Dampfer der Hamburg-Amerikanischen Post-fahrtgesellschaft und ein Schiff der Südamerika-Linie über 5000 Kilometer mit Nachrichten zu versehen, die jedoch nicht beantwortet werden konnten. Seitdem ist es der Rauen-Telefunkenstation bei ihren un-ausgesetzten Vervollkommnungsversuchen gelungen, ungeheure Energien in Schwingungen umzuformen, so daß auch die hohen Gebirge für die angeführten Wellenstrahlungen keine Hindernisse mehr wie in früheren Jahren bilden.

Die Phonographenrühr. Die Schweizer Uhrmacher, die an Erfindungsgebe den Amerikanern wahrlich nichts nachgeben, verfertigen argentlich ganz eigenartige Uhren, die man wohl am besten mit dem Namen Phonographen Uhren charakterisieren kann. Diese neuesten Zeitmesser sind für Blinde und sehr bequeme Leute berechnet. Die Uhren, die an irgend einer Stelle des Hauses, oder der Wohnung aufgehängt werden können, stehen mit einem Phonographen in Verbindung. Wenn man nun wissen will, wieviel Uhr es ist und infolge von Blindheit das Zifferblatt nicht lesen kann, oder sich aus übergrößer Bequemlichkeit nicht nach dem Zimmer begeben will, in dem die Uhr hängt, so braucht man nur auf einen Knopf zu drücken, der in jedem Raum an der Wand angebracht werden kann. Durch das Drücken auf den Knopf wird auf elektrischem Wege der Phonograph, der ebenfalls in jedem Zimmer aufgestellt ist, in Tätigkeit gesetzt und ruft laut und vernehmlich die

Stunde aus. - Eine ähnliche Einrichtung besteht bekanntlich im Deutschen Reichstag. Auch hier sind in den Räumen außerhalb des Sitzungssaals Phonographen aufgestellt, die im Auftrag des Präsidenten in Aktion gesetzt werden und den Namen des nächsten Redners verkünden.

Aus aller Welt.

Die trinkfeste Oberin. Ueber Standalgeschichten, die sich in einem bayerischen Kloster abgespielt haben, dringen jetzt erbauliche Nachrichten in die Öffentlichkeit. Schon wiederholt war die Zeitung des Klosters Oberzell bei Würzburg Gegenstand öffentlicher Erörterungen, besonders als vor zwanzig Jahren die Schwester Bertha aus diesem Kloster sich im Main ertränkt hatte und mit dem Rosenkranz um den Hals als Leiche geandert worden war. Schon damals wurden gegen die Generaloberin Philomena Wenzinger und den Minoriten-pater Provincial Aquilin Kohnan schwere Beschuldigungen laut. Nunmehr veröffentlicht die „Bayerische Landeszeitung“ in Würzburg in zwei längeren Artikeln mit der Ueberschrift „Mißstände im Kloster Oberzell!“ ausführliche Mitteilungen von drei inzwischen aus dem Kloster Oberzell ausge-tretenen Klosterschwestern.

Diese Beichten der ehemaligen Oberzeller Schwestern liegen“, so schreibt die „Bayerische Landeszeitung“, schon seit über einem Monat im bayerischen Kultusministerium, in der päpstlichen Nuntiatur und beim Ordensgeneral in Rom. Bis zum Augenblick hat sich von seiten dieser Stellen nichts gerührt, weshalb nochmals die Acht in die Öffentlichkeit gebracht werden mußte. Als vor Jahren ähnliche Mißstände im Mollersdorfer Kloster aufgedeckt wurden, da schritt die weltliche Behörde energisch ein und schaffte gründlichen Wandel.“

Die drei ehemaligen Schwestern des Oberzeller Klosters, die über die dortigen Mißstände Klage führen, sind die Schwester Aquinata Kleinlein, Mitglied der Berufsorganisation der Krankenpflege Deutschlands, katholische bayerische Gruppe, dann die Schwester Josefa Schiffelholz, eine Nichte der Generaloberin, zur Zeit in München, und Theresia Fortmüller, jetzt in Mühldorf.

Uebereinstimmend erzählen alle drei, daß vor allem die Krankenschwestern des Klosters bei nicht selten fünf bis sechs aufeinanderfolgenden Nachtwachen, ungenügendes und überdies sehr schlechtes Essen bekamen. Die Generaloberin, so

erzählen die Schwestern, gab inzwischen dem Direktor Vater Provincial Aquilin Kohnan und dem früheren Domvikar Kraus, dem jetzigen Klosterdirektor, lüppige Gastmähler mit feinen Weinen und Sekt, bei denen sich die Generaloberin mitunter so schwer betrank, daß sie den Kobizen ein schlechtes Beispiel bot und zu Bett gebracht werden mußte.

Die Schwestern des Klosters, so fahren die Berichte fort, wurden, wenn sie der Generaloberin mißlieblich waren, des sträflichen Umganges mit ihrem Reichthum - genannt wird als solcher der Minoritenpater Angelus Müller - ohne jeden Grund bestraft und mit dem Vorwurf des unwürdigen Empfangs der Kommunion und mit fortwährendem Tadel gequält. Arme Sittalen des Klosters mußten bei einem Besuch der Generaloberin unverhältnismäßige Aufwände für die Küche machen, und in Würzburger Kreisen entstand sogar die Redens-art: „Du kann ja trinken wie die Generaloberin von Oberzell.“

Durch das unübliche Beispiel der Generaloberin, das sie durch ihre Gastereien, ihren allzu freien Verkehr mit den Klosterdirektoren und durch ihre das „jungfräuliche Empfinden der Schwestern verletzenden freien Reden“ gab, wollen die drei früheren Schwestern zum Austritt aus dem Kloster, in dem sie nur Schikanen und Quälereien ausgelebt waren, ge-zwungen worden sein. Aus denselben Gründen habe sich seiner Zeit Schwester Bertha im Main ertränkt.

Die Nonnen erheben diese öffentliche Klage, weil ihre Beschwerden beim bayerischen Kultusministerium bisher un-be-rücksichtigt geblieben sind. Herr v. Wehner wird nun wohl sich mit der allzu dürftigen Frau Generaloberin etwas näher be-schäftigen müssen, selbst auf die Gefahr hin, es mit der allmächtigen Zentrumsfraktion des Landtages und mit dem obersten Ver-gesetzten von ganz Bayern, Herrn v. Orterer, zu verderben.

Einer, der seinen Willen haben wollte. Am Ober-sonntag wurde in der römischen Villa in Prading bei Sandown auf der Insel Wight ein Einbruch verübt. Es wurde dabei nichts gestohlen, dafür ließ aber der Einbrecher den folgenden Brief zurück: „Ich wünschte, die beachteten römischen Kräfte hätte zu sehen. Ich war so unglücklich, am Sonntag hierher zu kommen. Sie ver-wagten mir den Eintritt, weil es Sonntag war. Es ist alles, was in meiner Nacht stand, um Sie zu überzeugen, daß ich an keinem anderen Tage kommen konnte, aber vergebens. Es blieb mir daher nichts weiter übrig, als die Villa in einer nicht gerade regel-rechten Weise zu beschließen. Ich kletterte auf das Dach und schlug, da ich nicht durch die Fenster herein konnte, eine Scherbe ein. Ich gebe die 50 Pfennige Eintrittspreis einem Armen. Ent-schuldigen Sie.“

